

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910**

63 (5.3.1910) Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen  
Ständeversammlung Nr. 53. Zweite Kammer. 46. öffentliche Sitzung



# Amtliche Berichte

über die

## Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

Nr. 53.

Karlsruhe, den 5. März

1910.

### ==== Zweite Kammer. ====

#### 46. öffentliche Sitzung

am Freitag den 4. März 1910.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Fortsetzung der Beratung über das Budget Großh. Ministeriums des Innern für 1910 und 1911, Ausgabe Titel VIII: Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze — Drucksache Nr. 12a —, und damit in Verbindung den Antrag der Abg. Weidold und Genossen, den Ausbau der Gewerbeinspektion durch Anstellung hinreichender Hilfskräfte aus Arbeiterkreisen und die Schaffung einer Kontrollbehörde für das Baugewerbe betr. (Drucksache Nr. 30); Berichterstatter: Abg. Billi.

Am Regierungstisch: Minister des Innern **Wahl. Geheimrat Freiherr von und zu Bodman**, die Ministerialräte **Dr. Schneider** und **Arnold**, Vorstand der Fabrikinspektion **Oberregierungsrat Dr. Wittmann**.

Präsident **Kohrhurst** eröffnet nach 3¼ Uhr die Sitzung.

Zunächst wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

1. des Gemeinderats Uffingen um Errichtung einer Haltestelle an der Bahnlinie Heidelberg—Würzburg, übergeben von dem Abgeordneten **Leiser**;
2. des badischen Technikerverbandes, Vorschläge zu Verbesserungen an der Großh. Baugewerkschule betr.

Die erste Petition wird der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, die letztere der Petitionskommission überwiesen.

Zur Tagesordnung erhalten das Wort

Vorstand der Fabrikinspektion **Oberregierungsrat Dr. Wittmann**: Der Herr Berichterstatter hat zunächst die Anfrage gestellt, welche Bewandnis es mit den Bemerkungen habe, die im letzten Jahresberichte der Handelskammer zu Konstanz gegenüber der Fabrikinspektion gemacht worden seien. In Beantwortung dieser Anfrage kann ich mich kurz fassen, und zwar dahin: Es ist nicht wahr, 1. daß die Handelskammer im Laufe des Schriftwechsels mit der Fabrikinspektion die Nichtigkeit der von ihr aufgestellten Behauptung, daß in der Monographie „Hausindustrie und Heimarbeit“

die erforderliche Objektivität nicht gewahrt worden sei, an der Hand zahlreicher Beispiele nachweisen konnte, 2. daß die Fabrikinspektion den Schriftwechsel abbrach, weil sie die Unmöglichkeit der Widerlegung der von der Handelskammer vorgebrachten Beweisgründe ein sah, 3. daß die Fabrikinspektion in der Angelegenheit als Angeklagte und Richter zugleich figurierte. Vielmehr ist folgendes wahr: 1. daß die Handelskammer für die von ihr aufgestellte Behauptung keinen einzigen Beweis aufzubringen vermochte; 2. daß die Fabrikinspektion, wie der Handelskammer durch ein Schreiben bekannt war, den Schriftwechsel wegen der von der Handelskammer beliebten unsachlichen, durch Ausfälle zugefügten Behandlung und in der Erkenntnis der Unmöglichkeit, eine Verständigung herbeizuführen, abgebrochen hat; 3. daß die Fabrikinspektion sich lediglich im Verteidigungsstande befand. Ich habe dem noch hinzuzufügen, daß die Handelskammer den Vorwurf, es seien in der erwähnten Monographie „ausgesucht ungünstige Beispiele“ zugrunde gelegt worden, dahin modifiziert hat, daß sie anstelle dieses Ausdruckes den Ausdruck „ausgesprochen ungünstige Beispiele“ setzte. Hierdurch ist der Vorwurf einer Ausfuchung ungünstiger Beispiele unter einem Vorrat von Beispielen, also der Unterdrückung günstiger Beispiele, zurückgezogen. Es würde wohl der Sache entsprechender gewesen sein, wenn die Handelskammer in ihrem letzten Berichte den Vorwurf des vorletzten Berichtes nicht noch einmal unterstrichen, sondern davon Mitteilung gemacht hätte, daß sie den Vorwurf zurückgezogen habe.

Sodann hat der Herr Abg. **Reinhardt** der Fabrikinspektion einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie eine Beschwerde, die von Seiten einer christlichen Gewerkschaft an sie gelangt war, nicht erledigt habe. Dieser Vorwurf ist nicht zutreffend. Die Beschwerde, von der der Herr Abg. **Reinhardt** gesprochen hat, ist von der Fabrikinspektion erledigt worden, und zwar noch vor Ablauf des Jahres. Sie war der Fabrikinspektion schon aus der Presse bekannt, und gelegentlich einer Besprechung mit dem Firmeninhaber am 30. Dezember v. J. wurde die bemängelte Anordnung, wonach das Fabrikator morgens mehrere Stunden geschlossen gehalten wurde, von dem Fabrikanten zurückgezogen. Was den zweiten Punkt dieser Beschwerde, der sich mit der Reinhaltung der Fabrikaborte befaßt, betrifft, so ist er derart, daß er zu einer besonderen Revision nicht Veranlassung geben kann, da ja der Zustand der Aborte von Tag



zu Tag wechelt. Jedenfalls kann die Fabrikinspektion daraufhin eine Fabrik, deren Besitzer bisher alle seine Verpflichtungen erfüllt hat, in einem Jahre nicht mehr als einmal besuchen. Die letzte Revision hatte im April stattgefunden. Die Sache wird aber im Auge behalten werden. Im übrigen sind seit Einbringung dieser Beschwerde noch zwei weitere Beschwerden Christlicher Gewerkschaften eingelaufen; die eine wurde schon erledigt, die andere ist in Erledigung begriffen.

Der Herr Berichterstatter hat die Anfrage hierher gerichtet, welche Veranlassung für den Vorstand der Fabrikinspektion vorgelegen habe, eine scharfe Bekanntmachung gegen den Gewerkschaftssekretär Engel zu erlassen. Der Herr Abg. Reinhardt hat einen sehr schweren Vorwurf für den Vorstand der Fabrikinspektion aus einem Schreiben abgeleitet, das der Vorstand an den Gewerkschaftssekretär Riefer gerichtet habe. Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Reinhardt aus vollem Herzen und aus voller Überzeugung Recht, wenn er sagt: Der Vorstand der Fabrikinspektion darf nicht parteilich sein. Ein Gewerbeaufsichtsbeamter, der parteilich ist, eignet sich — das ist meine Überzeugung — nicht für seinen Posten. Ich würde, wenn mir heute oder morgen der schlüssige Beweis dafür erbracht würde, daß ich gegen irgend ein Organ der Gewerkschaften oder gegen eine Gewerkschaft selbst mich einseitig und parteilich benommen hätte, keinen Augenblick zögern, hieraus die Konsequenz zu ziehen und den Herrn Minister um meine Entlassung zu bitten, in der Erkenntnis, daß ich für diesen Posten ganz und gar nicht tauglich bin. 17 Jahre meines Lebens habe ich in zwei Bischofsstädten gelebt und gewirkt, in Sildesheim und in Trier; ich stehe und stand mit einer Anzahl von mir verehrter Männer aus dem katholischen Alerus in freundlichen und auch in freundschaftlichen Beziehungen. Ich nenne den Domprobi Schaufagen und den Domkapitular Aidenkirchen in Trier, die beide leider verstorben sind, weiterhin den Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. Pieper, Professor Dr. Hitze, Professor Dr. Koch, S. J., Stadtpfarrer Feurstein in Donaueshingen und so manche andere. Für ein Zusammenarbeiten mit solchen Herren auf dem Gebiet der Sozialreform wäre Parteilichkeit geradezu unmöglich, ganz abgesehen von meinen Beamtenpflichten. Möge man doch für die Berechtigung des gemachten Vorwurfes Beweise vorlegen. Eine Parteilichkeit in der Rheinfelder Angelegenheit könnte mir doch nur dann vorgeworfen werden, wenn ich das, was ich gegen die christlichen Gewerkschaften getan habe oder getan haben soll, lediglich deshalb täte oder getan hätte, weil es sich gerade um diese Gewerkschaften handelte, wenn ich also die Erklärung abgegeben hätte oder die Absicht ausgesprochen hätte, daß ich gegen andere Gewerkschaften anders handeln würde. Eine solche Erklärung habe ich aber niemals gegeben, eine solche Absicht niemals ausgesprochen. Im Gegenteil, ich bekenne hier freimütig, daß ich die Schritte, die ich in Angelegenheit Engels und der Christlichen Gewerkschaften getan habe, vorkommenden Falles auch gegen jeden Gewerkschaftsbeamten und gegen jede Gewerkschaft, sie mag einer Richtung angehören, welcher sie wolle, ebenfalls zur Anwendung bringen würde.

Der bemängelte Brief an den Gewerkschaftssekretär Riefer und die von mir gegen den Gewerkschaftssekretär Engel erlassene Bekanntmachung können nicht als einzelne Kundgebungen gewürdigt werden. Zu einer gerechten u. unbefangenen Würdigung dieser beiden Handlungen dürfen sie nicht aus dem Komplex der Ereignisse, insbesondere nicht aus der Folge von Handlungen herausgerissen werden, die

ich in dieser Angelegenheit vorgenommen habe, und die in ihrer Summe eine einzige zielbewußte Handlung darstellen. Ubrigens darf ich doch auch noch darauf aufmerksam machen, daß der Brief, den ich an den Gewerkschaftssekretär Riefer geschrieben habe, nicht für die Veröffentlichung bestimmt war, sondern lediglich für die Gewerkschaft. Er war ebensowenig für die Veröffentlichung bestimmt wie eine etwa acht oder zehn Tage vorher dem Gewerkschaftssekretär Eichenlaub übergebene Erklärung, von welcher ich in den beiden Broschüren des Christlichen Metallarbeiterverbandes aber nichts finde.

Was war nun das Ziel aller meiner Handlungen? Die Hochhaltung des Gewerkschaftsgedankens. Ich muß den Vorwurf, der mir in der zweiten Broschüre gemacht wird, ich hätte mir in der sozialpolitischen Welt lediglich den Anschein gegeben, als erkenne ich die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterschaft an, entschieden zurückweisen. Ich gebe mich in der sozialpolitischen Welt nicht anders, als ich in meinem Amte handele.

Und mein weiteres Ziel? Der Schutz der Arbeiterschaft vor den Freiberereien eines undisciplinierten, gewerkschaftlich nicht geschulten, heißhörnigen und gleich wenig intelligenten Gewerkschaftsbeamten (Werbung rechts, Aufse: Hör, hört!), der Schutzes der Arbeiterschaft, zugleich auch der Schutz der Industrie. Hier haben wir einmal den besonderen Fall, wo wir sagen können, wo jeder, der die Sache unbefangenen ansieht, wird anerkennen müssen, daß hier die Interessen der Arbeiterschaft und die der Industrie völlig Hand in Hand gehen. Es ist nicht mein Fehler und ich bedauere, daß es so gekommen ist — ich habe es nicht voraussehen können —, daß die Sache insofern aus dem persönlichen in das sachliche Gebiet übergehen mußte, als aus der Affäre Engel ein Affäre Christlicher Metallarbeiterverband und Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften entstand. Nachdem es mir nicht gelungen war, Engel zur Ruhe zu bringen, ging mein ganzes Bestreben darauf hin, den Christlichen Metallarbeiterverband und den Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften zu veranlassen, diesen gemeingefährlichen Mann von sich abzuspielteln, das ist das Dium, mit dem er die Gewerkschaften belastete, die ihnen genommen würde und allein auf seine eigene Karte käme; dieses war mein fortgesetztes heißes Bemühen.

Als alles verfaßt, schrieb ich den beantragten Brief an Riefer, und zwar nicht als Antwort auf dessen Brief, sondern weil ich diesen, mit einer gewissen Harmlosigkeit an mich gerichteten Brief Riefers, der den Angriffen, die gegen den Landeskommissar Strauß gerichtet waren, ein Mithelfer Engels und Thelens war, als eine willkommene Gelegenheit begrüßte, mich der Gewerkschaft gegenüber nochmals anzusprechen und sie auf die ganze wuchtende Schwere der Situation aufmerksam machen zu können. Es lag nicht in meiner Absicht, die Christlichen Gewerkschaften zu boykottieren; nicht mehr wollte ich, daß nach so vielen fruchtlosen Verjüngungen endlich die Christlichen Gewerkschaften erkennen möchten, in welche Sackgasse, in welche unheimliche Situation sie geraten waren, aus der sie den Weg wieder zurückfinden mußten. Auch dieses starke Mittel hat verfaßt.

Und weshalb habe ich dieses starke Mittel angewendet? Doch nicht um die Christlichen Gewerkschaften zu diskreditieren. Im Gegenteil! Es stand die Gerichtsverhandlung wegen Landfriedensbruchs vor der Strafkammer in Waldshut in Aussicht; ich sah es kommen, daß dort der Gewerkschaftsgedanke Schaden leiden werde; der Gewerkschaftsgedanke schlechtweg, ob „christlich“ oder nicht. Daß die Angelegenheit auch auf dem Landtage zur Sprache gebracht werden würde, stand fest. Das konnte gar nicht anders kommen. Alledem wollte ich im Interesse der



Christlichen Gewerkschaften vorbeugen und dafür sorgen, daß alles lediglich an demjenigen hängen bleibe, der im Rheinfelder Streik eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat: An dem Gewerkschaftssekretär Engel.

Ich habe diesen Gewerkschaftsbeamten ermahnt und verwahrt, nicht nur einmal, sondern wiederholt, nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich, nicht nur direkt, sondern auch durch seine Kollegen. In der Schilderung meiner Bemühungen muß ich weiter aus-  
holen, als mein eigener Wunsch ist. Auf den ersten Brief, den Gewerkschaftssekretär Engel Anfangs Juli an die Fabrikinspektion schrieb, und in welchem er Mitteilung von der Lohnbewegung der Arbeiter der Aluminiumwerke in Rheinfeldern machte, habe ich zunächst in einem Schreiben vom 6. Juli geantwortet. Ich hatte aus der Fassung dieses Briefes sofort gesehen, daß ich es hier mit einer heißspornigen und nicht disziplinierten Persönlichkeit zu tun bekam. Engel wendete sich an die Fabrikinspektion in einer Phase der Lohnbewegung, in welcher ein Eingreifen der Fabrikinspektion geradezu undenkbar war. Wie lag die Sache? Einfach derart, daß die Fabrik mit den Arbeitern über ihre Wünsche verhandelte, aber eine Verhandlung mit Engel ablehnte. Es ist nicht Aufgabe der Gewerbeaufsicht, einen Fabrikanten zu veranlassen, mit einem Gewerkschaftsbeamten zu verhandeln. Nach meinem grundsätzlichen Standpunkt halte ich es nicht für praktisch und für nicht unserer heutigen sozial fortgeschrittenen Zeit entsprechend, wenn ein Fabrikant Verhandlungen mit Gewerkschaftsbeamten ablehnt. Hieraus habe ich niemals ein Gehl gemacht und den Fabrikanten wiederholt den Verkehr mit Gewerkschaftsbeamten empfohlen. Ich könnte es aber den Leitern der Aluminiumwerke in Rheinfeldern nicht verbieten, wenn sie sich gegen Verhandlungen mit Engel deshalb gesträubt haben, weil sie seine persönlichen Eigenschaften kannten. Ob sie sie gekannt haben, weiß ich nicht. In meinem Briefe vom 6. Juli schrieb ich am Schlusse: „Es liegt im Interesse der Arbeiterschaft, daß mit größter Ruhe und Vorsicht vorgegangen wird.“ Es ist sehr bezeichnend für Engel, daß er in der Strafkammerverurteilung diesen meinen Brief dem Gerichte präsen-  
tizierte und vorlas, um aus ihm zu zeigen, daß ich eine Intervention abgelehnt, d. h. meine Pflicht verlegt hätte, dabei aber diesen Schluppsatz nicht vorlas (Hört, hört! links). Die Antwort Engels bestand darin, daß er am 8. Juli telephonisch die Mitteilung machte, daß in Rheinfeldern die organisierten Arbeiter entlassen und nichtorganisierte Arbeiter eingestellt würden; die Arbeiter beabsichtigten deshalb, in Streik zu treten, hätten aber zuvor nochmals dringend um Vermittlung. An dieser telephonischen Mitteilung ist zweierlei bemerkenswert: Die Mitteilung, daß die organisierten Arbeiter entlassen würden, war frei erfunden (Hört, hört! links). Es handelte sich um einen einzigen Arbeiter, der entlassen werden sollte und dessen Entlassung die Firma auf Vorstellung der Arbeiterkommission wieder rückgängig machte. Es sind zwar auch zwei oder drei andere Arbeiter entlassen worden, diese Arbeiter wurden aber nicht entlassen, da ihre Entlassung lediglich mit einer Betriebs-einschränkung zusammenhing. Am Sonntag den 15. August kam ich zu den Verhandlungen nach Rheinfeldern. Der Herr Abg. Reinhardt ist vollständig falsch unterrichtet, wenn er sagt, ich wäre bei diesen Verhandlungen nicht anwesend gewesen. Ich traf um 5 Uhr nachmittags ein, fand die Verhandlungen des Landes-kommissärs mit den anderen Instanzen in vollem Gange, einer Beschlusfassung, und nahm Veranlassung, in Unter-  
stützung des Herrn Landeskommissärs recht lebhaft in die Debatte einzugreifen und meine Meinung der Fabrikdirektion gegenüber in entschiedener Weise zum Ausdruck zu

bringen. Ich war auch in den Verhandlungen, die der Landeskommissär darauf mit mir zusammen, der Landeskommissär als Leitender und ich als Unterstützender, mit der Streikkommission pflog, in jener Verhandlung, in welcher der Landeskommissär dem Gewerkschaftssekretär Engel das Anerbieten der Fabrik schriftlich übergab und erläuterte, und in der nach längeren Auseinandersetzungen die Streikkommission mit fünf gegen zwei Stimmen den Beschluß faßte, aufgrund der von dem Landeskommissär dem Gewerkschaftssekretär schriftlich übergebenen Sätze den streikenden Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. In dieser Konferenz hatte ich wiederholt nötig, den Gewerkschaftssekretär Engel zu ermahnen, und zwar zunächst in folgender Hinsicht: Er drückte, nachdem wir erschienen waren, den Wunsch aus, die Eröffnungen des Landeskommissärs allein und ohne Hinzuziehung der Streikkommission zu empfangen (Hört, hört! links). Ich nahm ihn auf die Seite und erklärte ihm: „Hören Sie einmal, lieber Freund, das geht denn doch nicht, Sie wollen ja hier etwas absolut Ungewerkschaftliches; Sie müssen sich sorgsam hüten vor Verhandlungen mit irgend Jemandem ohne Beiziehung der Streikkommission!“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Engel war hiermit nicht ganz einverstanden und erwiderte: „Ach, das macht nichts, die Leute tun ja doch nur, was ich will“ (Hört, hört! und Heiterkeit links). Ich habe ihm hierauf gesagt: „So etwas dürfen Sie doch wirklich als Streikleiter nicht sagen. Ich kenne sehr wohl die schweren Pflichten eines Streikleitenden und weiß, wie manches in einander fließt; aber so klipp und klar zu sagen: die Leute tun doch, was ich will, das ist unter allen Umständen ungehörig und ungewerkschaftlich“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Dies war die zweite Mahnung.

Und die dritte Mahnung erging bei folgendem Anlaß: Das Anerbieten der Fabrik stellte für die Gewerkschaft, für den Streikleiter und für die Arbeiterschaft eine glatte Niederlage dar, ich will gleich hinzufügen, ein verdiente Niederlage. Daß diese Tatsache dem Gewerkschaftssekretär Engel überaus unangenehm war, das liegt ja klar auf der Hand. Die in der Presse und in Broschüren aufgestellte Behauptung, Engel habe sich gegen die Annahme dieses Angebots der Fabrik gewehrt und die Streikkommission ebenfalls, man habe gesagt, unter keinen Umständen könne dies Angebot angenommen werden, entspricht der Wahrheit nicht. Im Gegenteil, Engel war der erste, der sich für die Annahme der Bedingungen erklärte und dann in heißem Eifer die Streikkommission zur Annahme dieser Bedingungen zu bringen suchte. Aber schon bei diesen Verhandlungen verfuhr Engel — und zwar vergeblich — das, was er später zur Ausführung brachte, nämlich die Niederlage in einen glänzenden Sieg zu verwandeln. Er versuchte, das Anerbieten der Fabrik, unter welchen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte, so auszulagen, daß viel mehr heraus kam, als angeboten war (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Er tat dies wiederholt und mußte sich jedesmal Zurückweisungen gefallen lassen. Er sagte wiederholt: „Liebe Kollegen, das ist so und das ist so aufzufassen“, während ich, und wenn ich nicht irre, auch der Landeskommissär, ihm wiederholt sagten: „Legen Sie nichts aus; das was hier klipp und klar in kurzen Sätzen formuliert ist, ist das Anerbieten der Fabrik und nichts darüber hinaus.“ Als ihm diese Auslegungen nicht gelangen, versuchte er es mit seinem Ehrenwort, und er hat dort in einer halben Stunde seinen Kollegen vielleicht 5 oder 7mal sein Ehrenwort gegeben (Heiterkeit links), und zwar das erste Mal dahin: „Meine lieben Kollegen ich gebe Euch mein heiliges



Ehrenwort, daß eine zehnprozentige Lohnerhöhung von der Fabrik bis zu dem und dem Termin bewilligt wird." Dies wurde ihm verwiesen. Er gab darauf aber unentwegt sein Ehrenwort weiter ab und das letzte Ehrenwort, das ich von ihm gehört habe, war folgendes: „Liebe Kollegen, ich gebe Euch mein Ehrenwort darauf, daß ich überzeugt bin, daß die Fabrik wahrscheinlich bis zu dem und dem Termin eine Lohnerhöhung eintreten läßt“ (Weiterkeit links). Sie wollen aus diesen Mitteilungen ersehen, daß ich anwesend war und sehr wohl bei diesen Verhandlungen mitgewirkt habe.

Ich habe aber auch weiter noch Gelegenheit gehabt, dem Herrn Engel Mitteilungen zu machen, die für ihn Ermahnungen und Warnungen bedeuteten; ich komme hierauf später noch zurück. Ich habe aber Engel nicht bloß selbst ermahnt, sondern ich habe auch den Versuch gemacht, ihn durch seine Kollegen mahnen zu lassen. Nachdem ich am Montag den 16. August morgens ihm selber noch einige Worte gesagt und ihn ermahnt hatte, nun dafür zu sorgen, daß alles in Ruhe bleibe, habe ich seinen Kollegen, den Gewerkschaftssekretär Kiefer, in einer etwa halbstündigen Unterhaltung darum angegangen, seinen Einfluß auf Engel geltend zu machen, daß er sich etwa ruhiger und gewissenhafter verhalte, als er es bisher gezeigt habe. Ob der Gewerkschaftssekretär Kiefer das dem Engel gesagt hat, weiß ich nicht; ich glaube es nicht, denn ich fürchte, daß der Gewerkschaftssekretär Kiefer sich nicht getraut haben wird, dem Engel eine derartige Mitteilung zu machen. Am 8. September habe ich dann eine schriftliche Mahnung an den Gewerkschaftssekretär Kammerer gerichtet, dem ich gelegentlich einer anderen Mitteilung folgendes schrieb: „Ich benütze diese Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, daß mich die Gebarung des Leiters des Rheinfelder Streiks, insbesondere seine Veröffentlichungen nach Beilegung des Streiks und die Anzapfung des Herrn Landeskommissärs, aufs äußerste befremdet und daß sie mich mit dem tiefsten Bedauern erfüllt haben. Nach meiner Auffassung hat Engel der christlichen Arbeiterbewegung einen schweren Stoß versetzt. Er scheint mir nicht der geeignete Mann zu sein, um in Baden Arbeiterbewegungen zu leiten.“ Absichtlich sagte ich nicht: „um Arbeiterbewegungen überhaupt zu leiten“, sondern „in Baden“, weil ich nicht allzu schroff sein wollte. Kammerer hat in dieser Angelegenheit nichts getan, wie er mir sagte, aus Kollegialität.

Nun entstand die sog. Preßfehde zwischen dem Landeskommissär und Engel. Ich verhielt mich anfangs abwartend. Ich war aufs äußerste erstaunt, als ich in einer Zeitung die Publikation Engels las, nach welcher sehr viel mehr zugestanden worden sein sollte, als wirklich von der Fabrik zugestanden worden war. Ich machte sofort den Aftenvermerk des Inhalts: „Das stimmt nicht“ und wartete ab. Ich war mir der Tragweite dieser Publikation sehr wohl bewußt. Man denke sich in die Lage des Landeskommissärs, der als Vertrauensmann die Vermittlung übernommen hatte und andern Tags lesen muß, unterschrieben von der Streikkommission, daß etwas ganz anderes bewilligt sei, als er vermittelt hatte. Man denke sich in die Lage der Direktion der Fabrik, die am andern Tag lesen muß, daß sie den Arbeitern Konzessionen gemacht haben soll, die sie nicht zugestanden hatte! Was muß diese Fabrikdirektion vom Landeskommissär und von den anderen vermittelnden Persönlichkeiten denken? Hatte diese Fabrikdirektion nicht das volle Recht, angesichts einer derartigen Publikation sofort den Arbeitern zu eröffnen: Das stimmt nicht, das habe ich nicht genehmigt, man will mich hier überwältigen, ich sperre euch aus? Niemand hätte es der Fabrik-

leitung übernehmen können und dürfen, wenn sie angesichts dieser Publikation einen solchen oder ähnlichen Schritt getan hätte, und wir dürfen nicht verkennen, daß diese Publikation Engels eine schwere, unmittelbar drohende Gefahr für den Frieden war. Die Leidenschaften waren damals noch nicht ganz gedämpft und noch menschlicher Voraussicht wäre nur ein kleiner Funke nötig gewesen, um das Pulverfaß wieder zur Explosion zu bringen. Alle diejenigen, die mit Gewerkschaftsbewegungen und Streiks zu tun haben, wissen ganz genau, welche schwere kritische Zeiten die Tage nach der Beilegung eines Streikes sind, wie die Geister und die Nerven der Arbeiter und ihrer Frauen aufs äußerste gespannt sind. Um einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl, von pflichtgemäßem Bedenken seiner Handlungsweise, hat Engel diese Publikation, die zu verhängnisvollen Folgen hinführen können, erlassen. Engel rühmte sich eines Sieges. In einem Telegramm, das wenige Tage darauf im Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes erschien und das zweifellos von Engel stammt, lautete der Schluß: „Die Bewegung wurde vom christlichen Metallarbeiterverband allein geführt.“ Dessen rühmte sich Engel mit allen diesen Vorkommnissen, und in der gleichen Nummer des Organs des christlichen Metallarbeiterverbandes waren die Erzeße des Landfriedensbruchs geschilbert unter der fettgedruckten Überschrift: „Grauenvolle Ausschreitungen der Arbeiterwilliger.“ In die Preßfehden knüpften sich zu agitatorischen Zwecken Versammlungen in Triberg, Furtwangen usw.

Aber Engel begnügte sich hiermit nicht, er wühlte weiter. Es war ein Arbeiterausschuß zugelassen. Merkwürdigerweise hatte Engel die Bedingung daran geknüpft, daß der Arbeiterausschuß zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeiter und zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber zusammengesetzt sein solle; meines Wissens ein Unikum (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und ein Beweis der gewerkschaftlichen Selbsterhaltung Engels. Die Zusage der Fabrikdirektion lautete nicht auf einen Arbeiterausschuß von bestimmter Zusammensetzung sondern lediglich auf Bildung eines Arbeiterausschusses. Ich erhielt also einen Brief vom 13. September, worin mir Engel der Wahrheit zuwider schrieb: „Bei Abschluß der Verhandlungen wurde zugesagt, daß ein Arbeiterausschuß gebildet werde, und daß derselbe laut der am Vormittag gestellten Forderung der Streikkommission zusammengesetzt werde.“ Hieran knüpfte Engel die Mitteilung, daß die Fabrik in illoyaler Weise mit der Bildung des Arbeiterausschusses vorgehe; infolgedessen hätten die christlich organisierten Arbeiter die Beteiligung an der Wahl abgelehnt u. erhoben gegen das eigenmächtige Vorgehen der Verwaltung energischen Einspruch. Was er mir hier mitteilte, war frei erfunden. Die christlich organisierten Arbeiter haben die Wahl des Arbeiterausschusses nicht abgelehnt — ich habe mich davon persönlich überzeugt, ich habe das Verzeichnis der Wähler in der Hand gehabt —, sie haben sich mit wenigen Ausnahmen an der Wahl beteiligt und keinen Widerspruch erhoben. Nun ist Engel außerdem das seltsame Malheur passiert, daß er gar nicht imstande war, zu erkennen, daß die Fabrik bei der Konstituierung des Arbeiterausschusses die Arbeiter nicht etwa ungünstiger sondern günstiger stellte, indem sie vollständig darauf verzichtete, ihrerseits Vertreter des Arbeitgebers im Ausschuss zu haben. Dieser Irrtum, der nur durch Mangel an Intelligenz und überaus große Oberflächlichkeit erklärt werden kann, entstand dadurch, daß die Fabrik den Arbeiterausschuß aus sechs Vertretern bilden wollte, wovon 3 von den Arbeitern gewählt wurden, und 3 sich die



Fabrik ausuchte aus 6 Arbeitern, die die Arbeiter präferierten, also doch ebenfalls gleichwertige Vertreter der Arbeiter, nicht Vertreter der Arbeitgeber. Die Fabrik hatte also auf irgend welchen Stimmeneinfluß im Arbeiterauschuß völlig verzichtet. Meine Antwort an Engel war die, es sei nicht richtig, was er geschrieben habe, und er möge sich dabei beruhigen. Ich habe ihm weiter geschrieben, daß ich die Zurückhaltung der christlich organisierten Arbeiter bei der Wahl — die, wie ich erwähnt habe, überhaupt nicht stattgefunden hat, was ich aber damals noch nicht wußte — u. ihren Einspruch gegen das Vorgehen der Fabrik für unbegründet halte und angelegentlich empfehle, eine wegen des Arbeiterauschusses etwa eingeleitete Agitation einzustellen, damit endlich wieder Friede einkehre, den nach den aufgeregten Zeiten des Streiks die Arbeiter und ihre Familien dringend bedürften. Inzwischen gingen die Treibereien weiter, so daß ich der Pflicht gehorchend (die auch der Herr Abg. Reinhardt dem Fabrikinspektor mit Recht auferlegte), zu erscheinen, wo es not tut, mich entschloß, nach Rheinfelden zu reisen und auch die Gewerkschaftssekretäre Kammerer und Thelen aufzusuchen, um einmal von ihnen zu hören, wie denn nun eigentlich die Sache liege.

Zunächst suchte ich den Gewerkschaftssekretär Kammerer auf und frug ihn: Sagen Sie mir, wie hängt das nun zusammen, wie kommt Engel dazu, ganz andere Bedingungen zu veröffentlichen, als von der Fabrik zugestanden worden sind? Da erklärte mir Kammerer, und zwar zu Protokoll und unterschrieben, er habe damals in den Verhandlungen in der Streikkommission, als Engel so rauh auf das Anerbieten der Fabrik einging, den Eindruck gehabt, als habe Engel von dem Landeskommissär besondere Zusagen erhalten, von denen er (Kammerer) nichts habe wissen sollen. Das war nun auch eine ganz außerordentliche gewerkschaftliche Leistung! (Sehr gut! Sehr richtig links.) Kammerer verlegte also den Zeitpunkt, in welchem weitgehendere Vorschläge gemacht worden seien, vor die Verhandlung mit der Streikkommission; aus dieser Äußerung ergibt sich ohne weiteres, daß Kammerer damals noch nicht auf dem Standpunkt stand, der Landeskommissär habe nach der Verhandlung mit der Streikkommission abends um 11 Uhr nochmals weitergehende Vorschläge gebracht. Kammerer teilte mir aber mehr mit; er sagte mir, daß er, als er die Publikationen Engels zu Gesicht bekommen habe — und zwar war dies in Frankfurt bei einer Konferenz von Gewerkschaftsbeamten —, sofort erklärt habe: „Diese Nachricht ist mit Vorsicht aufzunehmen“ (Hört! hört! links). Kammerer glaubte nämlich, diese Publikation Engels könne ihrem Inhalt nach erst erfolgt sein nach der Konstituierung des Arbeiterauschusses und nach Abschluß der mit dem Arbeiterauschuß geführten Lohnverhandlungen. Er erkannte also in der Publikation Engels den Text der Vereinbarung nicht wieder. Kammerer sagte mir aber noch mehr, nämlich, daß er Engel über seine Publikation zur Rede gestellt habe, und da habe ihm Engel die Erklärung abgegeben: „Ja, der Landeskommissär hat mir diese Konzeptionen gemacht.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) „Trotzdem“ — so erklärte Kammerer — „konnte ich die von mir gehegten Zweifel nicht los werden, weshalb ich in Gemeinschaft mit meinen Kollegen Kiefer und Thelen Herrn Engel nochmals zur Rede stellte. Er blieb darauf bestehen, daß er die Wahrheit gesagt und daß die Streikkommission die Richtigkeit seiner Behauptung bestätigt habe.“ Dies hat mir Kammerer mitgeteilt, derselbe Kammerer, der späterhin in einer Anzeige in der Presse mit bestätigen half, daß die Aussagen Engels in dieser Angelegenheit der Wahrheit „voll und ganz“ entsprechen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten! Aba.

Summe! Nettes Brüderpaar! „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“)

Ich habe hierauf in Rheinfelden die Mitglieder der Streikkommission Dossenbach und Schöpferle gesprochen; andere Mitglieder der Streikkommission konnte ich nicht sprechen, weil einer in Untersuchungshaft war, zwei andere abgereist waren und einer Italiener war, der nur schlecht deutsch sprach. Dossenbach und Schöpferle gaben mir zu Protokoll: „Durch den Herrn Landeskommissär wurde uns am Abend des 15. August im „Trompeterbräu“ in Badisch-Rheinfelden als Ergebnis der Verhandlungen das Anerbieten der Firma mitgeteilt, wie es in der Veröffentlichung des Herrn Landeskommissärs vom 20. August wieder gegeben ist. Der Inhalt der Veröffentlichung Engels im Rheinfelder Anzeiger vom 19. August entspricht der Wahrheit nicht. Insbesondere war von der Zusage einer Feuerzuzulage mit keinem Wort die Rede, ebensowenig von der Zusammenfassung des Arbeiterauschusses, von der Zusage einer zehnprozentigen Lohnerhöhung und von einem bestimmten Termin. Der Herr Landeskommissär erklärte ausdrücklich und wiederholt, daß für eine Lohnerhöhung ein bestimmter Termin durchaus nicht zugesichert werden könne. Dies brachte auch Engel in der darauffolgenden öffentlichen Versammlung der Streikenden zum Ausdruck, indem er sagte, in bezug auf Lohnerhöhung und deren Termin müßten die Arbeiter der Firma das Vertrauen schenken, daß sie eine loyale Regelung stattfinden lassen werde. Im übrigen hat Engel seine Veröffentlichung zu Unrecht mit „Die Streikkommission. Im Auftrag: Engel“ unterschrieben. Diese Erklärung ist der Streikkommission vor Drucklegung nicht zur Beschlussfassung vorgelegt worden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch eine gewerkschaftliche Leistung ersten Ranges! Schöpferle und Dossenbach bekräftigten dann weiter: „Als wir die Erklärung in der Zeitung zu Gesicht bekamen, haben wir auf Anfrage von Kollegen sofort gesagt, daß die Äußerung nicht auf Wahrheit beruhe. Wir schenken Engel kein Vertrauen. Wir sind der Überzeugung, daß es nicht zum Streik gekommen wäre, wenn Engel der Arbeiterschaft nicht ausnahmsweise hohe Unterstufungen versprochen hätte, die dann nicht gezahlt wurden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe außerdem noch fünf Arbeiter vernommen, die mir erklärten: „Wir schenken Engel kein Vertrauen mehr, er hat uns betrogen und zum Streik nur dadurch zu bestimmen vermocht, daß er eine Streikunterstützung von durchweg drei Mark pro Tag und Mann zusicherte. Nicht ein einziger Arbeiter würde in den Ausstand getreten sein, wenn er gewußt hätte, daß die Streikunterstützung höchstens 2 M. 50 Pf. betrage. Engel hat versichert, die drei Mark würden ausnahmsweise bewilligt, da es sich um den ersten Streik in Rheinfelden handle.“ Andere Arbeiter erklärten allerdings, daß sie auch drei Mark erhalten hätten, aber nicht dauernd.

Hierauf reiste ich nach Mannheim und suchte dort den Gewerkschaftssekretär Thelen auf, der zur Unterstützung Engels eine Zeit lang in Rheinfelden weilte und auch, und zwar ohne irgendwie aus persönlicher Kenntnis etwas vorbringen zu können, sich an dem bekannten offenen Brief an den Landeskommissär beteiligte. Thelen machte zuerst den Versuch, Engel zu decken. Als ich ihm aber erklärte, ich hätte die Absicht, mich mit dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und der Sache auf den Grund zu gehen, änderte er seine Stellung völlig. Er erklärte mir, Engel habe schon in einer früheren Stellung Dummheiten gemacht (Heiterkeit); es sei ihm das badische Oberland übertragen worden da-



mit er sich an den Oberländer Bauern seinen harten Schädel einrenne (Große Heiterkeit). Außerdem sagte mir Thelen folgendes: Zweierlei habe ihn veranlaßt, Engel Glauben zu schenken, einmal, daß der Landeskommissär in seinen Bekanntmachungen den Engel so sanft anfaßte, sodann aber sei ihm der Umstand sehr bedenklich erschienen, daß der Vorstand der Fabrikinspektion sich bisher völlig ausgeschwiegen habe. Er habe schon wiederholt Zweifel gehabt, erklärte Thelen weiter, ob Engel ein Lügner und Aufschneider sei oder ob er phantasiere (Abg. Kolb: Sehr gut!). Zugleich teilte Thelen mir mit, er wolle an die Verbandszentrale schreiben, daß er nunmehr von Engels Unwahrhaftigkeit überzeugt sei. Ich habe, als Thelen mir diese Erklärung abgab, ihn gemahnt, sich das sehr wohl zu bedenken, ob er jetzt nicht unter einer Suggestionwirkung stehe; es habe gar keinen Zweck, seiner Zentrale eine Mitteilung zu machen, die nicht aus seiner vollen und bleibenden Überzeugung hervorgehe. Er solle sich sehr wohl überlegen, ob das, was ich ihm gesagt habe, ihn auch wirklich zu dieser vollen Überzeugung geführt habe, worauf er mir antwortete: „Ja, Ihre Darlegungen haben mich zu dieser Überzeugung geführt.“

Ich habe dem Hohen Hause eine Reihe von Äußerungen von Arbeitern und von Gewerkschaftssekretären vorgeführt. Daß ich diese Personen gehört habe, blieb dem Christlichen Metallarbeiterverbande nicht unbekannt. Auf Seite 15 der zweiten Broschüre wird mir folgendes ins Stammbuch geschrieben: „Wenn erst nach Duzenden von unverständlichen Fragen einfachen Arbeitern gesagt wird, was Herr Dr. Wittmann im besonderen von ihnen wünsche, so ist das nicht die Methode, mit der eine völlig objektive Untersuchungsinstanz zu Werke geht. Das ist wenigstens unsere Auffassung.“ Es geht aus diesem Satze der Vorwurf hervor, ich hätte den Gewerkschaftssekretären und den Arbeitern gesagt, welche Aussagen ich von ihnen zu haben wünsche, d. h. Aussagen von welcher Richtung ich zu haben wünsche. Ich weise diesen Vorwurf auf das entschiedenste zurück und möchte zugleich auch darauf aufmerksam machen: Welch ungeheuerliches Armutzeugnis stellt der Broschürenschreiber hier den Gewerkschaftssekretären und den Arbeitern aus, indem er ihnen unterstellt, sie hätten mir gegenüber bloß deshalb so und so ausgesagt, weil ich nur diese Aussagen zu erhalten gewünscht hätte!

Aber damit nicht genug, die Treibereien Engels gingen noch weiter. Am 23. Oktober erhielt ich von Engel einen Brief, in welchem er mir die Mitteilung machte, daß Entlassungen und Maßregelungen entgegen der Zusage der Fabrik stattgefunden hätten. „Dies hat nun die dortige Arbeiterchaft sehr erbittert, und ich wurde beauftragt, Ihnen den Sachverhalt zu unterbreiten mit der höflichen Bitte, Sie möchten im Interesse des allgemeinen Friedens Ihren Einfluß geltend machen, daß diese Kündigungen zurückgezogen werden.“ „Da ich annehme,“ fährt Engel fort, „daß es nur eines Eingreifens Ihrerseits bedarf, um diesem Umstande ein Ende zu bereiten, so habe ich bis heute in dieser Sache noch nichts in der Öffentlichkeit unternommen. Sollte es Ihnen wider Erwarten nicht gelingen, Einhalt zu gebieten, so sehe ich mich leider gezwungen, in öffentlichen Versammlungen und in der Tagespresse die Sache zu behandeln. Wird dann die Arbeiterchaft wieder aufgeregter, so liegt die Schuld nicht an uns.“ Engel schilderte also die Arbeiterchaft, die kurz zuvor in ihrem Streik schwer unterlegen war, jetzt als von neuem erbittert und stellte von neuem die Aufnahme seiner agitatorischen Tätigkeit in Presse und Versammlungen in Aussicht. Und dieses Schreiben erhielt ich zehn Tage, nachdem ich den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften auf das

gemeingefährliche Treiben Engels aufmerksam gemacht hatte! Dies war am 23. Oktober die einzige Antwort, die ich auf mein bekümmertes Schreiben erhalten hatte.

Noch ein Charakteristikum: In seinen beiden letzten Briefen stellt Engel die Behauptung auf, daß von der Fabrikdirektion die Konstituierung des Arbeiterausschusses nicht loyal vollzogen worden sei und daß die Maßregelungen stattfinden lassen. Dies teilte er mit dem Vorstand der Fabrikinspektion, offiziell mit. Als in der gegnerischen Presse, in der Presse der freien Gewerkschaften, auf diese ohne Zweifel von Engel zuerst aufgestellte Behauptung aufmerksam gemacht wurde, wurden diese Mitteilungen als sozialdemokratische Lügen gebrandmarkt (Abg. Süßkind und andere: Hört! Hört! Ich glaube es der Wahrheit schuldig zu sein, auch das zu erwähnen).

Was Engel über die Erbitterung der Arbeiter mitgeteilt hatte, war frei erfunden. An dem Tage, an welchem Engel von Strahburg aus diesen Brief schrieb, war ich längere Zeit in Rheinfelden und habe mich dort mit den Arbeitern unterhalten, wie aus den vorher vorgelesenen Aussagen hervorgeht.

Es ist mir nachträglich noch von den ehemaligen Mitgliedern der Streikkommission und von den Mitgliedern des Arbeiterausschusses ein Schriftstück zugegangen, in welchem steht: „Gegenüber der von Gewerkschaftssekretär Engel eingereichten Beschwerde erklärte die Unterzeichneten Folgendes: Eine Erbitterung der Arbeiterchaft der Aluminiumwerke Badisch-Rheinfelder wegen Kündigung des Arbeitsverhältnisses betreffs der Arbeiter Ragnoli Carlo, Amati Celeste besteht in Wirklichkeit nicht. Wir sind überzeugt, daß seitens der Fabrikleitung keine Kündigung erfolgt, für welche nicht triftige Gründe vorliegen, und es wäre daher im Interesse des ruhigen und friedlichen Weiterarbeitens sehr erwünscht, daß Engel seine aufreizende Tätigkeit einstellt. Denn mit dergleichen Anrempelungen der Fabrikleitung ist der Arbeiterchaft nicht gebient.“

Als es mir nicht gelungen war, Engel zur Ruhe bekommen, trug ich dem Gewerkschaftssekretär Eichenlaub, einem Manne, den ich wegen seiner Ruhe wegen seiner Sachlichkeit schätze, die Angelegenheit vor, und er erklärte sich bereit, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften die Mitteilung zu machen, daß ich gegen Engels Geschäftsführung Einwendungen erhoben hätte. Er setzte hinzu, er zweifle nicht, daß der Gesamtverband sich dann bei mir nähere Auskünfte einholen werde.

Hierauf erhielt ich von dem Generalsekretariat des Gesamtverbandes eine Anfrage, die ich folgendermaßen beantwortete: „Der Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes, Herr Engel, hat durch sein Verhalten bei und nach den Verhandlungen in Badisch-Rheinfelden der christlichen Arbeiterbewegung einen schweren Schaden zugefügt, der nur schwer wieder zu machen sein wird. Es fehlt diesem Gewerkschaftsbeamten an Ruhe, Einsicht, Takt, gewerkschaftlicher Schulung und — was am bedauerlichsten ist — an Wahrheitsliebe. Um den Mißerfolg des Streiks in einen Erfolg zu verwandeln, scheute er nicht davor zurück, die von der Firma als letztes Wort offerierten Konzessionen den Streikenden mit Erweiterungen vorzutragen und so die Arbeiter zu täuschen. In unbedingter Verbildung veröffentlichte er seine Darstellung und zwang hierdurch den Landeskommissär, der die Verhandlungen mit der Firma geführt hatte, zu einer richtungstenden Bekanntmachung. Auf diese antwortete Engel wieder mit einer Veröffentlichung voll Sophismen, durch die er den wahren Sachverhalt zu trüben suchte. Ich halte es für dringend wünschenswert, daß Engel



Lebenslage der Situation bewußt, in der ich mich befinde; die Herren hätten sehr wohl das Recht gehabt, mich hinauszurufen, wenn ich es gewagt haben würde, in ihren vier Pfählen Drohungen auszustößen.

Es wird in der Broschüre dann weiter gesagt, das Telegramm an Engel sei von mir als Voraussetzung für die Verhandlungen hingestellt worden. Das ist, wie das Protokoll ergibt, durchaus unrichtig. Das Telegramm war der Abschluß der Verhandlungen. Es wäre ja auch vollständig töricht, nutzlos und unlogisch gewesen, wenn ich zu den Herren nach Köln gekommen wäre, um zu sagen; „Meine Herren! Ich komme, um zu verhandeln, ich verhandle aber bloß, wenn Sie an Engel telegraphieren und ihn abrufen.“ Also auch das ist absolut unzutreffend.

Ein anderes war die Erklärung Thelens. Die Herren Gewerkschaftsvertreter waren einverstanden, den Gewerkschaftssekretär Thelen zu einer Erklärung zu veranlassen. Nun ist in der Broschüre eine höchst merkwürdige Schiebung gemacht. Auf Seite 10 und 11 wird hier nämlich gesagt, daß die Erklärung, die dann später zwischen dem Landeskommissär und Thelen diskutiert wurde, von dem Landeskommissär dem Thelen hätte aufgezwingen werden sollen, daß er aber diese Erklärung nicht abgegeben habe, da namentlich auch der Vorstand des Christlichen Metallarbeiterverbandes sich gegen einen solchen, wie es auf Seite 20 heißt, „in der Form entmannenden Akt“ gewandt habe. Dem gegenüber muß ich bemerken, daß es nicht der Wahrheit entspricht, daß diese Erklärung dem Gewerkschaftssekretär Thelen abgenötigt worden ist; er hat sie vielmehr freiwillig abgegeben und hat sogar den wesentlichen Eingangssatz selbst vorgeschlagen und redigiert, in welchem es heißt: „Ich bin keinen Moment im Zweifel darüber.“ Also diese Erklärung ist nicht aufkotziert worden, sondern wurde von Thelen, soweit er einem Beschlusse seines Vorstandes gegenüber aus freien Stücken handeln konnte, keineswegs aber auf Drängen des Landeskommissärs abgegeben. Diese auf Seite 10 und 11 reproduzierte Erklärung ist als eine solche dargestellt, die abgegeben werden sollte und verhindert wurde. Sie ist aber tatsächlich abgegeben worden. Thelen hat diese Erklärung unterschrieben, den Entmannungsakt, von dem in der Broschüre gesprochen wird, an sich vollzogen (Seite 10 links). Seitdem habe ich auch seinen Bariton, den ich früher in Presse und Versammlungen häufig hörte, in dieser Angelegenheit nicht mehr vernommen.

Von Köln nach Karlsruhe zurückgekehrt, trug ich vor allem dafür Sorge, daß die erste Nachricht über die Suspendierung und Rückberufung Engels in einer Form in die Presse komme, die der Christlichen Gewerkschaft nichts schade. Am 29. Oktober telephonierte ich der Redaktion der „Badischen Landeszeitung“: „Dem Gewerkschaftssekretär Engel ist von der Verbandsleitung bis auf weiteres jede Tätigkeit auf badischem Gebiet untersagt worden, und er wird von seinem Posten abberufen werden.“ Auf den mir ausgesprochenen Wunsch einer näheren Erläuterung ersuchte ich, die Bemerkung so zu fassen, daß der Verband mit seinem Schritt in loyaler Weise die Konsequenz aus der Veröffentlichung des Vorstandes der Fabrikinspektion gezogen habe. Ferner telephonierte ich an die Redaktionen des „Volksfreund“ und der „Volksstimme“, machte sie darauf aufmerksam, daß in der „Badischen Landeszeitung“ diese Nachricht erscheinen werde, und fügte den Wunsch hinzu, es möge nun dafür gesorgt werden, daß der niedergeworfene Gewerkschaftsbeamte in der Presse nicht noch tiefer gedemütigt würde, sondern daß man nunmehr nach erfolgter

halb auf einen Posten versetzt wird, der ihm nicht mehr Gelegenheit zur Betätigung auf badischem Gebiete gibt.“ Auf diesen Brief vom 11. Oktober 1909 erhielt ich zunächst keine Antwort. Die einzige Antwort war der Brief Engels, in welchem er neue Treibereien in Aussicht stellte, und zwar ein Brief geschrieben zu einer Zeit, in der er, wenn ich nach der Broschüre gehe, zweifellos schon durch den Gesamtverband Mitteilung von meiner Beanstandung seiner Geschäftsführung erhalten hatte. Diese Antwort war nichts anderes wie eine grobe Brückierung.

Ich habe hierauf die bekannte Veröffentlichung gegen Engel erlassen, und zwei Tage darauf, am 25. Oktober, an den Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Herrn Stegerwald, wiederum geschrieben, hiermit nach genau vierzehn Tagen meinen Brief vom 11. Oktober bestätigt und mitgeteilt: „Zu meinem größten Bedauern ist inzwischen dem Gewerkschaftssekretär Engel die Gelegenheit, sein gemeinschaftliches Treiben fortzusetzen, nicht entzogen worden, und es blieb nichts übrig, als ihm mit aller Schärfe entgegenzutreten, was ich am letzten Samstag durch eine öffentliche Erklärung tat, die, wie ich annehme, zu dortiger Kenntnis gelangt ist. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Herr Engel nunmehr unverzüglich von seinem Posten abberufen wird, und will nur hoffen, daß der Verband dem wahrhaft bemitleidenswerten Mann eine ihm Existenz gewährende Stelle verleihen kann, auf der er der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterchaft und der Gesamtheit keinen Schaden mehr zufügen vermag. Sicherlich wird die dortige Stelle ihm.“ Ich habe mich dann zur Verfügung gestellt und mich erboten, legitimierte Vertretern alle weiteren Aufschlüsse zu erteilen.

In der Broschüre ist mir der Vorwurf gemacht, ich hätte höchst seltsam gehandelt: Ich hätte zuerst die Veröffentlichung gegen Engel erlassen und hätte mich dann erst erboten, Material zu liefern. Wenn Sie dem Gang alles dessen, was ich getan habe und dem Gang aller Geschehnisse gefolgt sind, so werden Sie gesehen haben, daß ich mich am 11. Oktober an das Generalsekretariat gewandt habe und daß ich erst, als der Brief Engels vom 23. Oktober Gefahr im Verzug erkennen ließ, die bekannte Erklärung gegen Engel veröffentlichte.

Mein Brief kreuzte sich mit einem Briefe des Generalsekretariats, und da ich der Sache ein Ende machen mußte, so entschloß ich mich kurz und reiste nach Köln. Ich traf dort den Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Schiffer, den Vorsitzenden des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieber, und den Generalsekretär des Gesamtverbandes, Stegerwald, mit denen ich verhandelte, und zwar mit dem Ziel, einmal, daß Engel sofort von der Tätigkeit in Baden entbunden werde, und sodann, daß Thelen eine Erklärung abgeben, sich dem Landeskommissär gegenüber entschuldigen müsse. In der Broschüre wird nun die Behauptung aufgestellt, in dieser Verhandlung sei jeder zweite Satz von mir eine Drohung gewesen. Ja, hier muß ich mich allerdings schuldig bekennen insofern, als ich eine Drohung — nicht Drohungen — zugeben kann, und diese eine Drohung bestand darin, daß ich den Herren sagte: „Meine Herren! Ich gehe hier nicht von der Stelle, bis dieses Telegramm an Engel abgesandt ist oder Sie mir zu Protokoll gegeben haben, daß Sie das verweigern.“ Unter dem Druck dieser ungeheuren Drohung wurde Engel telegraphisch suspendiert. Von anderen Drohungen war nicht die Rede. Ich wüßte auch nicht, welche Drohungen ich gegen die drei sehr geschäftsgewandten Herren hätte ausstößen können. Ich bin mir in jeder



Sühne die Polemik vornehm beendigen möchte. Von beiden Redaktionen wurde mir die Mitteilung gemacht, daß man meinem Wunsche Rechnung tragen werde, und daß mit der Entfernung Engels die Polemik beendet sein solle. Die gleiche Mitteilung ließ ich an den Beamten des freien Metallarbeiterverbandes Vorhölzer ergehen, der mir die gleiche Zusage machte und mir zudem erklärte, es würde ja unanständig sein, anders zu handeln. Tatsächlich ist auch die Publikation in der „Landeszeitung“ in meinem Sinne erfolgt, und tatsächlich hat die Polemik im „Volksfreund“, in der „Volksstimme“ und im Organ des deutschen Metallarbeiterverbandes aufgehört. Sie fing erst wieder an, als sich Engel und der christliche Metallarbeiterverband von neuem regten. Das Hohe Haus wird aus diesen Ausführungen ersehen, daß ich nicht parteiisch handelte, sondern alles tat, um den Schritt, der einmal im Interesse der Sache geschehen mußte, für Engel, den christlichen Metallarbeiterverband und den Gesamtverband möglichst leicht zu machen. Von welchem Geiste ich durchdrungen war, mag auch aus einem Schreiben hervorgehen, das ich dem Landeskommissär sandte.

Ich schilderte in diesem Schreiben in Kürze meine Verhandlungen mit den Organen der christlichen Gewerkschaften und teilte mit: „In schonender Weise habe ich dem Protokoll — der Cölner Verhandlungen — eine Form gegeben, welche die Deutung zuläßt, daß die Gewerkschaftsvertreter aus freien Stücken den entscheidenden Schritt getan hätten. Tatsächlich mußten diese Konzessionen unter wiederholter Anrufung des nationalen und christlichen Charakters der Gewerkschaft schwer erkämpft werden. Für die Erklärung Thelens stelle ich mich als Mittelsperson zur Verfügung und bitte, über mich zu verfügen. Dabei darf ich vielleicht den Wunsch ausdrücken, daß Sie es Thelen nicht allzu schwer machen. Die Ereignisse haben sich nun so gewendet, daß eine Erklärung Thelens sehr post festum kommt und kaum mehr eine Bedeutung hat. Wenn ich mir einen Rat erlauben darf, so würde ich empfehlen, Thelen jede Erklärung zu erlassen und dies in geeigneter Weise bekannt zu geben. Die Tatsache, daß die Gewerkschaft von Thelen eine befriedigende Erklärung verlangt, sagt schon genug. Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Wieber war sehr zäh und wollte nicht von dem Standpunkt abgehen, daß noch immer die Aussagen Engel gegen Landeskommissär stehen. Ich verbat mir das aufs nachdrücklichste und wurde hierbei von Schiffer unterstützt. Wieber will dieser Tage nach Rheinfelden reisen, um dort Erhebungen zu machen. Ich empfahl ihm vor allem, die Fabrikdirektoren und die Herren Oberamtmann Kapferer und Bürgermeister Senger aufzusuchen. Falls Sie den Wunsch haben, Wieber zu sprechen, könnte Oberamtmann Kapferer ihn zu einem Besuche auffordern.“

Nun trat die Sache in eine neue Phase. Anstelle Engels tritt nunmehr der Christliche Metallarbeiterverband und der Gesamtverband in den Vordergrund. Die Herren Wieber und Stegerwald reisten ins Oberland, um dort die Sache zu untersuchen. Hierbei versäumten sie etwas sehr Schwerwiegendes, nämlich den Landeskommissär aufzusuchen und ihn zu hören; sie versäumten auch, mich aufzusuchen, worum ich sie besonders gebeten hatte und was ich als selbstverständlich voraussetzte. Würde der Herr Landeskommissär, würde ich aufgesucht worden sein, so hätte zweifellos die Publikation, die in den Oberländer Blättern und in den Gewerkschaftsblättern erfolgte, nicht erfolgen können; denn die Herren hätten sich überzeugen müssen, daß Engel der Wahrheit zuwider gehandelt hatte. In den Oberländer Blättern wurde eine Bekanntmachung erlassen, aus der hervorging,

es habe eine Untersuchung des Falles stattgefunden, es seien verschiedene Arbeitervertreter hinzugezogen worden, und das Endresultat sei gewesen, daß die Aussagen Engels „voll und ganz“ der Wahrheit entsprächen (Hört, hört! Bei den Sozialdemokraten). So konfret drückten sich die norddeutschen Gewerkschaftsblätter nicht aus. Dort begnügte man sich damit, zu sagen, es stehe die Aussage gegen Aussage und man müsse dem Gewerkschaftsführer Engel mindestens den guten Glauben zubilligen, nämlich den guten Glauben daran, daß all das, was er gesagt habe, auch wirklich wahr sei. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Engel der gute Glaube nicht zugebilligt werden kann. Wenn ich mit andern auf der Straße stehe und sehe, daß aus einem Haus gegenüber jemand unfaßt die Treppe herunter auf die Straße klettert, und wir heben ihn auf und klopfen ihm die Kleider freundlich aus, legen ihm Gipsflaster auf und geleiten ihn nach Hause, und er verkündet am andern Tag, er sei nicht die Treppe hinuntergefallen, sondern die Treppe hinaufgegangen und oben freundlich empfangen und bewirtet worden, dann kann von gutem Glauben nicht die Rede sein, dann handelt es sich um eine Windbeutelerei oder um etwas Schlimmeres. (Abg. Kolb: Sehr wahr!) Mehr kann Engel der gute Glaube nicht zugebilligt werden als Münchhausen, der sich am eigenen Jopf aus dem Sumpf herauszog, oder Coel, der am Schreibtiisch den Nordpol eroberte.

An weiteren Schritten, den Mafel, der der Christlichen Gewerkschaften drohte, von ihnen abzuwenden, ließ ich es nicht fehlen. Ich setzte mich mit einem bekannten und hochgeschätzten katholischen Geistlichen in Verbindung, mit einem in Baden amtierenden Stadtpfarrer, legte ihm die ganze Sache vor und machte ihn zugleich darauf aufmerksam, welche unabsehbaren Konsequenzen für die Christliche Gewerkschaftsbewegung entstehen müßten, wenn der Gesamtverband auf seinem Standpunkt, die Unwahrheiten seiner Beamten hartnäckig zu verteidigen, stehen bleibe. Der Geistliche jagte mir, daß er Engel als einen Draufgänger kenne, und sprach die Hoffnung aus, es werde sich in der Sache noch etwas tun lassen, wozu er gerne beitragen wolle. Nachdem ich ihm den ganzen Sachverhalt in ausführlicher Weise erörtert hatte, erklärte mir, daß er sich mit dem Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. Pieper, in Verbindung setzen und sehen wolle, ob dieser nicht in der Lage sei und sich bereit erkläre, Einsicht in die Angelegenheit zu nehmen, um dann seinen Einfluß auf die Christlichen Gewerkschaften geltend zu machen. Diese Aktion mißglückte vollständig, der Geistliche setzte zwar mit Herrn Dr. Pieper in Verbindung, aber Dr. Pieper war längere Zeit verreist, die Zeit rückte und ich bekam schließlich die Nachricht, daß Dr. Pieper sich nicht selbst mit der Sache befassen könne, er schließe aber einen Schiedspruch, etwa durch den früheren preussischen Handelsminister von Verlepsh vor. Da ich auf dem Standpunkt stehe, daß es sich zwischen einem Groß-Badischen Staatsbeamten oder einer Behörde und den Gewerkschaften um ein Schiedsgericht nicht handeln könne, sondern daß es sich darum gehandelt habe, daß ein Vertrauensmann für die Gewerkschaften und für mich von dem Sachverhalt Kenntnis nehme und dann seinen Einfluß auf die Christlichen Gewerkschaften nach Sachlage geltend mache, so mußte ich auch diese Aktion als mißglückt ansehen.

Nun kam die Angelegenheit in ein anderes Stadium. Die Herren Wieber und Stegerwald hatten nämlich die Absicht, hier in Karlsruhe eine Konferenz der Christlichen Gewerkschaftsbeamten abzuhalten. Sie teilten mir davon nichts mit, ich hörte zufällig davon



und sagte einigen Gewerkschaftssekretären, ich rechnete darauf, daß die beiden Herren noch vor Abhaltung dieser Konferenz zu mir kämen. Die Konferenz sollte nämlich den Zweck haben, die Gewerkschaftssekretäre über den Rheinfelder Streik zu orientieren und ihnen Direktiven zu geben. Nachdem die Herren Wieber und Stegerwald mich bei ihrer Reise nach Rheinfelden nicht aufgesucht hatten, glaubte ich noch jetzt in letzter Stunde einen Einfluß auf sie ausüben zu können, und ich wollte diesen Einfluß natürlich vor Abhaltung dieser Konferenz, denn nach Abhaltung der Konferenz wäre das selbstverständlich zu spät gewesen. Meinen Erwartungen zuwider erschienen die Herren vor dieser Versammlung nicht bei mir. Von einer Bestellung der Herren, wie der Herr Abg. Reinhardt sich ausgedrückt hat, konnte natürlich nicht die Rede sein. Die Herren erschienen nachmittags, oder vielmehr wurde nachmittags nach Beendigung der Sitzung telephonisch angefragt, ob ich da sei. Ich war nicht auf meinem Bureau und hatte auch nicht mehr die geringste Veranlassung, nach der Konferenz die Herren zu empfangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erhielt hierauf anderen Tages, am Sonntag, ein Telegramm, ob ich die Herren empfangen wolle. Mittlerweile aber war ich in den Besitz der Bekanntmachung über den Ausfall der Unterjuchung gekommen und in den Besitz der entsprechenden Publikation im Organe des christlichen Metallarbeiterverbandes gelangt. Es konnte sich also auch in dieser Beziehung nicht mehr de lege ferenda sondern nur noch de lege lata handeln, was für mich jede Veranlassung ausschloß, die Herren Wieber und Stegerwald zu empfangen, zumal mir diese beiden Herren auf der Kölner Konferenz die größten Schwierigkeiten gemacht hatten. Ich würde in Köln nichts, rein gar nichts erreicht haben, wenn nicht Schiffer sich auf meine Seite gestellt und den Herren gehörig die Wahrheit gesagt hätte. Ich konnte nicht erwarten, mit den Herren Wieber und Stegerwald jetzt noch irgend etwas zu erreichen. Dem Vorwurf, der mir wegen des Nichtempfanges dieser Herren gemacht wird, muß ich daher als unbegründet zurückweisen.

Hierauf erhielt ich einen Brief des Herrn Schiffer, worin er seine Verwunderung über den Nichtempfang der Herren ausdrückte. In meiner Antwort hat ich, mir Bevollmächtigte des Gesamtverbandes zu schicken, denen ich alles darlegen wolle. Darauf wurde mir die Mitteilung, daß zu Bevollmächtigten ernannt worden seien die Herren Wieber, Stegerwald und eine dritte Person. Nachdem ich die beiden Herren schon vorher abgelehnt hatte, mußte ich ihre abermalige Präsentation als eine Ablehnung und als einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen ansehen, und konstatierte in meinem Antwortschreiben, daß ich keine weitere Veranlassung zum Verkehr mit dem Gesamtverband mehr hätte.

Die Gelegenheit der Konferenz der Christlichen Gewerkschaftsbeamten in Karlsruhe veräumte ich nicht, ohne abermals einen Schritt zu tun. Ich klärte den Gewerkschaftssekretär Eichenlaub über die Sachlage auf und bat ihn, den Herren Wieber und Stegerwald die Mitteilung zu machen, daß die Fabrikinspektion nunmehr den Verkehr mit den Christlichen Gewerkschaften aufgab. Dies geschah am 13. November. Ich bat ihn, diese Mitteilung den Herren vor der Sitzung zu machen, und übergab ihm ein hierauf lautendes, von mir ausgefertigtes Schriftstück. Dieses Schriftstück ist in den beiden Broschüren nicht erwähnt. Es war die Einleitung meiner späteren von dem Herrn Abg. Reinhardt gelügten Mitteilungen an den Gewerkschaftssekretär Kiefer. Diesen letzten Schritt tat ich, um, was

ich wiederholt betone, dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften den schweren Ernst der Lage zu zeigen. Jetzt war für die Christlichen Gewerkschaften nochmals letzter Anstoß gegeben, Engel von sich abzuschütteln. Dies geschah nicht.

Es folgten darauf die Verhandlungen wegen Landfriedensbruchs vor der Strafkammer Waldshut. Die erste Broschüre der christlichen Gewerkschaft sagt auf Seite 61: „Das Urteil verkündet insbesondere, der Streik wird als berechtigt anerkannt, die Arbeiter hätten sich in ihrer verzweifelten Lage zu ihrem Tun hinreißend lassen. Weiterhin hat der Prozeß unzweideutig dargetan, daß Engel sich mit allen Kräften um die Beruhigung der Menge bemüht hat.“ Das Gerichtsurteil sagt das direkte Gegenteil! (Hört! hört! Heiterkeit links.) Das Gerichtsurteil sagt u. a.: „Bei Festsetzung der Strafmaß konnte die ganze Entwicklung der Dinge und die Stimmung, aus der heraus sich die Ereignisse des 13. August entwickelten, nicht unberücksichtigt gelassen werden. Das Gericht untersucht nicht, inwieweit die Forderungen der Streikenden berechtigt waren, inwieweit der ablehnende Standpunkt der Fabrikleitung begründet war. Dagegen nimmt das Gericht als festgestellt an, daß die Arbeiter ohne das Dazwischentreten des Gewerkschaftssekretärs Engel nicht in Ausstand getreten wären. Wie schon oben ausgeführt, hielten zwar die Arbeiter wie wohl Jedermann eine Lohnaufbesserung für wünschenswert, im großen und ganzen aber waren sie mit ihrer Lage nicht unzufrieden und dachten nicht an einen Streik. Auf diesen Gedanken wurden sie erst durch die Agitation des Gewerkschaftssekretärs und die von diesem für den Fall eines Ausstandes in Aussicht gestellte Unterstützung der Organisation gebracht. Auch am 13. August 1909 hat Engel seinen Einfluß auf die Arbeiter nicht in geeigneter Weise geltend gemacht, er hätte in anderer Weise, als er es tat, auf die erregten Leute einwirken können und müssen. Statt die ihm von den erregten Leuten zugebrachte, feststellermachen ganz unrichtige Darstellung der Ereignisse des Vormittags kritiklos hinzunehmen, wäre es seine Pflicht gewesen, den richtigen Sachverhalt zu ermitteln. Das hat er aber nicht getan, nicht einmal versucht. Durch Feststellung des richtigen Sachverhalts wäre er zur Erkenntnis gekommen, daß die Ansicht der Arbeiter falsch und ein Anlaß zur Verhaftung des Fischer nicht gegeben sei, und er hätte aufgrund dieser Kenntnis die Leute belehren müssen, daß ihre Erregung zum größten Teil unbegründet sei. Durch seine festgestellten Äußerungen: „Sollte es tausend oder zweitausend Mark kosten, wir müssen Gerechtigkeit haben!“ und: „Wenn einer von euch nur den zehnten Teil macht, was Fischer, wird er verhaftet“ mußte er bei den ohnehin erregten Leuten die Meinung hervorrufen, als ob die zuständigen Behörden zweierlei Maß anwendeten und gegen die Streikenden voreingenommen seien. Insofern kann diese Auffassung auch zugunsten der nicht am Streik beteiligten Angeklagten in Betracht kommen, als die Meinung, die Streikenden würden unterdrückt, ihre Sympathie für diese und ihr Solidaritätsgefühl weckte. Das Gericht vermochte auch nicht anzuerkennen, daß es vom Gewerkschaftssekretär Engel richtig war, nach Schluß der Streikversammlung sich zu entfernen und die erregten Leute sich selbst zu überlassen. Es wäre seine Pflicht gewesen, erst dann wegzugehen, wenn die Annahme, daß es zu einer Ausschreitung kommt, ausgeschlossen gewesen wäre. Das war aber zur Zeit, als Sekretär Engel sich entfernte, sicher nicht der Fall. Alles das kam zugunsten der Angeklagten in Betracht.“

Ich könnte nun noch Gelegenheit nehmen, im Detail



nachzuweisen, daß der Streik unberechtigt und ungewerkschaftlich war und dem Programm der Christlichen Gewerkschaften nicht entsprach, vielmehr im direkten Gegensatz zu diesem Programm stand. Hierauf will ich vorläufig noch verzichten und glaube meine Ausführungen für jetzt schließen zu sollen, indem ich noch einmal wiederhole, daß ich das, was ich in dieser Sache getan habe, lediglich im Interesse der Christlichen Gewerkschaften tat, daß ich die Wendung der Sache außerordentlich bedauere und insbesondere bedaure, daß die Christlichen Gewerkschaften vor der Strafkammer in der Öffentlichkeit und heute auch vor dem Landtag nicht die Rolle spielen, die ich jeder Gewerkschaft in ihrem eigenen Interesse und im allgemeinen sozialen Interesse wünschen möchte. Wie weit mich bei meinen Handlungen ein Vorwurf trifft, das zu beurteilen überlasse ich dem Gerechtigkeitsgefühl des Hohen Hauses. (Beifall links.)

Abg. Kuebel (Zentr.): Sie begreifen, daß es nicht leicht ist, auf diese längeren Ausführungen des Herrn Fabrikinspektors, der auf sehr viele Einzelheiten eingegangen ist, jetzt so zu antworten, daß alle diese Einzelheiten besprochen und auch in der Auffassung beleuchtet werden, die die christlichen Gewerkschaften oder die beteiligten Organe der christlichen Gewerkschaften hier haben. Ich will und muß versuchen, weil wohl von anderer Seite eine Antwort heute nicht mehr gegeben werden kann, auf diese Punkte so zu antworten, wie es mir auf Grund der Lektüre der beiden Broschüren wie auch auf Grund der Besprechung mit einzelnen Gewerkschaftsführern bekannt ist.

Ich will vorausschicken, daß wir gar keinen Grund haben — ich sicher nicht und auch die Gewerkschaftsführer nicht —, dem Herrn Fabrikinspektor in den einzelnen Punkten seiner Ausführungen, die er hier gemacht hat, keinen Glauben zu schenken, daß wir auch seine Erklärungen, die er gegeben hat, sehr respektieren. Was die Gewerkschaftsführer verlangt haben, ist immer nur das gewesen — das waren die Hauptpunkte sogar, um die sich der Streit gehandelt hat —, daß man auch ihnen zubilligt, daß sie die Auffassung haben konnten, die sie ausgesprochen haben. Dabei will ich nicht alles im einzelnen decken, was hier gesagt worden ist; einzelne Äußerungen sind einfach nicht zu verteidigen.

Was zunächst dem Herrn Fabrikinspektor nicht vorgeworfen wird — wenigstens in den Broschüren nicht, soweit ich mich erinnere, ich kann natürlich die ganzen Broschüren nicht derart in der Erinnerung haben, daß schließlich nicht doch noch eine solche Bemerkung darin ist — aber soweit ich mich erinnere, ist dem Herrn Fabrikinspektor nicht vorgeworfen worden, daß er Parteilichkeit in dem Verkehr mit den einzelnen Gewerkschaften übe, sondern was betont wurde, ist — so habe ich es aufgefaßt —, daß in den Fällen, die hier zur Sprache stehen, die christlichen Gewerkschaften von ihm in einer Weise behandelt worden sind, die sie sich nicht gefallen lassen können und wollen (Sehr richtig! im Zentrum). Das ist gesagt worden, und dieser Ansicht war auch ich beim Durchlesen der Broschüren und auf Grund der Kenntnis, die ich sonst habe. Ich bin auch nach den Ausführungen des Herrn Fabrikinspektors jetzt noch der Ansicht, daß es zu dem Schlusse, zu dem es gekommen ist, zu der Beendigung des Verhältnisses zwischen der Fabrikinspektion und den christlichen Gewerkschaften, nicht hätte kommen brauchen (Sehr richtig! links). Und zwar durch Schuld der Fabrikinspektion! (Widerspruch und Zurufe links.)

Nun will ich zu einzelnen Ausführungen übergehen und sie besprechen, soweit es mir möglich ist.

Dem Herrn Fabrikinspektor wurde ausgeführt, daß er mit allen den Handlungen, die hier zu verzeichnen sind, zielbewußt vorgegangen ist, daß es eigentlich eine einzige zielbewußte Handlung war. Ich glaube aber annehmen zu sollen, daß er nicht von vornherein auch schon das Ziel im Auge hatte, daß am Schluß dann herausgekommen ist, nämlich der Bruch der Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften.

Er hat dann gesagt, daß ein Brief veröffentlicht worden sei, der nicht zur Veröffentlichung bestimmt war. Die christlichen Gewerkschaften wurden genötigt, all das Material zu veröffentlichen, was sie veröffentlicht haben, um Stellung zu nehmen zu den Verlautbarungen, die durch sozialdemokratische Zeitungen und Gewerkschaftsblätter in die Öffentlichkeit gedrungen sind, die nicht in öffentlichen Verhandlungen erfolgt waren, sondern die diese Blätter nur entweder direkt oder indirekt von der Fabrikinspektion haben bekommen können; um hier nicht in eine Situation zu kommen, die für die christlichen Gewerkschaften die schlimmsten Folgen hätte haben müssen, waren sie genötigt, alles Material, das ihnen zur Verfügung stand, zu veröffentlichen. Das sage ich zur Erklärung der Veröffentlichung eines Briefes, dessen Veröffentlichung dem Herrn Fabrikinspektor nicht angenehm war.

Er hat weiter ausgeführt, sein Ziel sei die Hochhaltung des Gewerkschaftsgedankens gewesen, und um dieses Ziel zu erreichen, habe er vor allem die Arbeiterklasse und die Industrie vor dem Treiben eines gewerkschaftlich nicht geschulten, heißspornigen, zugleich wenig intelligenten Gewerkschaftsbeamten beschützen wollen. Es hat mich etwas eigentümlich berührt, das muß ich schon sagen, wie der Herr Fabrikinspektor den Herrn Gewerkschaftsbeamten Engel — er mag Eigenschaften haben, wie er will — hier behandelt hat. Das sind doch Titulaturen gewesen, die ich von der Regierungsbank lieber nicht gehört hätte. Es mag sein, wie es will, ich will den Herrn Engel nicht schützen und werde ihn nicht schützen und nicht in allem decken, aber die gefallenen Ausdrücke sind doch sehr stark gewesen, es wurde später sogar von einem „gemeingefährlichen Manne“ usw. gesprochen.

Der Herr Fabrikinspektor sprach sodann von einem Briefe an den Gewerkschaftssekretär Kiefer, der nicht die Antwort gewesen sei auf die Anzeige dieses Herrn Kiefer über einen Mißstand in einer Herbolzheimer Fabrik, nun ist aber der Brief am 3. Dezember geschrieben worden, nachdem am 1. Dezember die Anzeige eingekommen war. Es heißt in dem Brief: „Da die wiederholten, bewußten Unwahrheiten des christlichen Gewerkschaftssekretärs Engel und der Schutz und Befreiung, den er bei anderen Beamten der christlichen Gewerkschaften, beim christlichen Metallarbeiterverband und beim Vorstande des Gesamtverbandes gefunden hat, den Argwohn begründen, daß Zweideutigkeiten, Unwahrheiten und Entstellung der Wahrheit von den leitenden Organen der christlichen Gewerkschaften als erlaubte Gewerkschaftstaktik zur Hervorrufung und Ausbreitung von Arbeiterbewegungen angesehen werden, hat die Fabrikinspektion jeden Verkehr mit den christlichen Gewerkschaften abgebrochen und wird einen Verkehr erst wieder aufnehmen, nachdem ihr eine einwandfreie Geschäftsführung gewährleistet worden ist.“ Ich konstatiere nun, daß damit der Herr Fabrikinspektor nicht sagen wollte, daß er die Anzeige nicht verfolgen werde, und es ist auch festgestellt worden, daß die Anzeige verfolgt worden ist. Allein es ist damit klipp und klar die Abgabe der Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften ausgesprochen, und es konnte Kiefer zur Ansicht kommen, daß sie nun kein Recht und keinen Anlaß



mehr hätten, sich an den Herrn Fabrikinspektor zu wenden, weil er sich mit ihnen in keiner Beziehung mehr abgeben werde. Und nun geht der Herr Fabrikinspektor weiter. Er fügt hinzu — wenigstens so habe ich ihn verstanden —, daß er vorgehabt habe, vielleicht noch einmal mündlichen Verkehr zu versuchen. Dagegen spricht aber der Brief des Herrn Fabrikinspektors an Herrn Schiffer in Düsseldorf: „Nachdem ich durch mein Telegramm vom 14. d. M. an Herrn Stegerwald und durch meinen dorthin gerichteten Brief vom 16. d. M. deutlich zu erkennen gegeben habe, daß und aus welchen Gründen ich Verhandlungen mit den Herren Stegerwald und Wieber ablehne, muß ich die Bevollmächtigung der beiden genannten Herren zu Verhandlungen mit mir als eine Ablehnung meines Vorschlages ansehen, womit für mich jede weitere Veranlassung entfällt, mich mit dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften und seinen Vertretern weiterhin in schriftliche oder mündliche Verbindung zu setzen. Wittmann.“

Nun wird von dem Herrn Fabrikinspektor weiter erwähnt, Herr Engel habe, was den Streik angeht, sich an den Herrn Direktor zu einer sehr ungünstigen Zeit gewendet, und der Herr Direktor habe nichts tun können, weil die Leitung der Fabrik mit diesem Manne nicht habe verfahren wollen; ob sie Engel gekannt habe, wisse er nicht. Nun hat sich Herr Engel an die Inspektion zu einer Zeit gewendet, wo, nach dem Briefwechsel hier zu schließen, der Herr Fabrikinspektor mit der Direktion der Fabrik weiter nicht in Beziehung gestanden hat. Der Herr Fabrikinspektor sagt: „Da zur Zeit Differenzen zwischen der Direktion und der Arbeiterschaft in der Aluminiumindustrie in Rheinfelden nicht bestehen, würde ein vorzeitiges Eingreifen der Fabrikinspektion nicht tunlich und der Sache nicht förderlich sein“. Tatsächlich ist aber schon an die Direktion ein Brief geschrieben worden, es kam keine Antwort, ein weiterer Brief ging an die Generaldirektion, dessen Annahme verweigert worden ist, und nun wurde erst die Fabrikinspektion angegangen. Differenzen lagen demnach doch wohl vor, und man weiß nicht recht, wie der Herr Fabrikinspektor einzuschreiten hat schreiben können: „da zurzeit Differenzen nicht bestehen“.

Der Herr Fabrikinspektor warf dem Herrn Engel vor, dieser habe bei dem Prozeß den Schlußsatz unterdrückt: „Es liegt im Interesse der Arbeiterschaft, daß mit größter Ruhe und Vorsicht vorgegangen wird“. Daß Engel hier nun anderer Ansicht als der Herr Fabrikinspektor, daß er der Auffassung sein konnte, dieser Zusatz habe beim Prozeß keine Bedeutung, da es nur eine persönliche Mahnung für ihn war, das kann doch wohl angenommen werden (Sehr richtig!). Der Herr Fabrikinspektor sagte dann, Engel habe an ihn geschrieben, „die organisierten Arbeiter würden entlassen“; dabei sei es nur ein einziger gewesen. In der Broschüre steht, es seien etwa 12 Arbeiter entlassen worden. Ob dabei nun ein oder zwei oder drei gewerkschaftlich Organisierte waren, das kann Engel vielleicht in dem Augenblick auch nicht gewußt haben, mindestens kann man ihm das zubilligen, und es ist immer wieder die Frage die, warum man einem Mann nicht glauben soll, wenn man annehmen kann, daß er in einem Irrtum gewesen sein kann. Ich kann niemals voraussetzen, daß er wissentlich die Unwahrheit sagt, und in diesem Fall lagen bezüglich der gewerkschaftlichen Organisation in der Fabrik Dinge vor, die darauf schließen lassen konnten, daß hier beabsichtigt war, gegen die gewerkschaftlich Organisierten vorzugehen. Sodann sprach der Herr Fabrikinspektor von Sätzen, aufgrund deren der Herr Landeskommissär verhandelt habe und die er dem Herrn Engel übergeben hätte.

Hier ist es sehr wichtig, zu wissen, welche Sätze das sind. Der Herr Fabrikinspektor hat nicht gesagt, ob das die Sätze sind, die Herr Mürb zu Anfang der Verhandlung niedergelegt hat und die als Grundlage galten, oder die Sätze, die Herr Landeskommissär Straub nachher als die vereindarten Sätze öffentlich bekannt gegeben hat, von denen er aber später nicht mehr behauptete, daß er sie schriftlich dem Herrn Engel übergeben habe. Diese Zweifelsfrage ist nicht gelöst und gerade hierüber hat sich ein großer Streit entfacht.

Wenn Engel gesagt hat: „Die Leute tun ja doch, was ich will“, so ist das eine Äußerung, die sehr bedauerlich ist, die aber auch wiederum durch die Umstände erklärt werden kann. Die sozialdemokratischen Herren, die vorher bei diesem Ausdruck „Hört, hört“ gerufen haben, erinnere ich daran, daß Vorhölzer in Mannheim einen Streik ganz gegen den Willen der versammelten Streitenden beendet hat, und daß in diesem Falle die Leute doch auch getan haben, was er wollte (Abg. Maier: Weil er aus Verantwortlichkeit gehandelt hat!). Es wurde gesagt, die Sprache Engels könne nicht gewerkschaftlich genannt werden, und die Herren Sozialdemokraten haben hier „Sehr richtig!“ gerufen. Ich möchte fragen, ob Sie (zu den Sozialdemokraten) jenes Vorgehen des Herrn Vorhölzer als gewerkschaftlich oder als nicht-gewerkschaftlich betrachten? (Abg. Kolb und andere: Als gewerkschaftlich!) Ich betrachte es auch als gewerkschaftlich. Ich betrachte aber auch das Verhalten der Herren, die in der Versammlung waren, als das Verhalten solcher Leute, die noch nicht genügend gewerkschaftlich geschult sind (Abg. Kolb und andere: Sehr richtig!). Also gehen wir einig. Es kann aber auch für den Herrn Engel vorausgesetzt werden, daß er von den Leuten, die erst wenige Wochen gewerkschaftlich organisiert waren, annehmen durfte, daß diese noch nicht genügend gewerkschaftlich geschult seien, um alles übersehen zu können, daß sie also tatsächlich auf ihn angewiesen seien, so daß er sagen konnte „die Leute tun ja doch, was ich sage“, weil sie das Vertrauen auf ihn als ihren Führer hatten (Abg. Süßkind: Einfach Mangel an Mut! Weitere Zurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten; der Präsident bittet, den Redner nicht zu unterbrechen).

Es wurde vom Herrn Fabrikinspektor auch von einem verdienten Mißerfolg des Streiks gesprochen. Ich habe diese Äußerung nicht verstanden. Tatsächlich ist durch den Streik eine bessere Lage der Arbeiter erreicht worden. Es wurde dann nachher gestritten, wer Ursache wäre, daß diese Verbesserungen erreicht worden sind, ob die Fabrikleitung von sich aus nachgegeben habe oder ob die staatlichen Behörden hier entscheidend waren; jedenfalls steht fest, daß infolge des Streiks eine Besserung eingetreten ist, und es wird wohl kaum angenommen werden können, daß die Staatsbehörden sich um die Sache gekümmert hätten, wenn die Arbeiter nicht in Streik getreten wären, so daß das Erreichte also auf jeden Fall ein direkter oder indirekter Erfolg des Streikes war. Es ist also ein Erfolg, und von einer „verdienten Niederlage“ kann nach meinem Dafürhalten nicht die Rede sein.

Daß Herr Engel diese Niederlage, die eben nach meinem Dafürhalten keine war und auch von niemand als Niederlage bewiesen werden kann, als einen Erfolg gefeiert hat, ist ihm wohl nicht übel zu nehmen. Das wird von jedem Führer eines Streiks getan und wurde von den Herren Sozialdemokraten in viel schwierigeren Fällen und in Fällen, wo sie viel weniger Erfolg hatten, auch getan. Ich könnte z. B. hinweisen auf einen Streik in Nürnberg, ich möchte es mir aber ersparen, näher



darauf eingegangen, man kann es ja in der mehrgenannten Broschüre nachlesen. Es ist etwas natürliches, wenn jemand einen Kampf angeführt hat, daß er auf das, was er erreicht hat, in der Öffentlichkeit hinweist, um so den Mut der Leute, die er angeführt hat, weiter zu erhalten und zu stärken.

Wenn gesagt worden ist, daß 5 oder 7 Mal das Ehrenwort gegeben wurde, so ist dem gegenüber zu halten, daß das in einer Situation war, wo Herr Engel dafür eingetreten ist, daß der Streik beendet wird, wo der Herr Landeskommissar alles tat, um den Streik zu beendigen. Wenn in einem solchen Augenblick Beteuerungen gegeben, wenn Beschwichtigungen und dergleichen angewendet werden, um die Leute zu beruhigen, so ist das einfach selbstverständlich.

Es kam dann die Sprache darauf, daß Herr Kammerer „aus Kollegialität“ den Herrn Engel nicht aufmerksam machte auf das, was ihm von dem Herrn Fabrikinspektor mitgeteilt worden sei. Wenn das sich so verhält, ist es bedauerlich. Herr Kammerer hätte mindestens der Verbandsleitung der christlichen Gewerkschaften Mitteilung machen müssen.

Der große Fehler Engels war, daß er nach Beilegung des Streiks in der Öffentlichkeit, allerdings provoziert, verkündet hat, unter welchen Bedingungen der Streik beendet worden sei. Diesen Fehler hat er gemacht. Dieser Fehler wird aber von vornherein in der Broschüre als Fehler bezeichnet. Es wird Herrn Engel in der Broschüre genau gesagt, was er hätte tun müssen, und was er hätte unterlassen sollen. Es wird in der Broschüre dieser Schritt als Fehler verurteilt und für die Gewerkschaftsführer zur Warnung für ähnliche Fälle hingestellt.

Es wird Herrn Engel weiter vorgeworfen, er habe gesagt, die christlichen Gewerkschaften allein hätten den Streik geführt. Es ist begreiflich, daß man nach einem Sieg diesen für die Gewerkschaften auszunützen versucht, für die man eintritt.

Weiter wurde davon gesprochen, Herr Engel habe einen Arbeiterauschuß gewünscht, dessen Zusammenstellung ein Unikum gewesen wäre. Soviel ich aus der Lesart der Broschüre weiß, ist dieser Ausschuß von Engel nur zu dem Zweck gewünscht worden, um bestimmte Lohn-erhöhungen, bestimmte Lohnsätze festzustellen, also nur zu einem bestimmten Zweck; das muß man anerkennen, wenn man ihm zugibt, daß er hoffte, mit Hilfe dieses Ausschusses in absehbarer Zeit eine Lohnerhöhung durchzusetzen und dann den Streik zu beendigen. Daß aber zur Festsetzung von Lohnsätzen Vertreter der Fabrikleitung zuzuziehen waren, ist doch wohl selbstverständlich. Man kann also unter diesen Umständen nicht wohl von einem Unikum reden.

Es wurde Herrn Engel in weiteren Verhandlungen bezüglich dieses Arbeiterauschusses Irrtum durch Mangel an Intelligenz vorgeworfen. Ich kann das nicht prüfen und niemand kann es prüfen; aber das vorhergehende Urteil, daß etwas frei erfunden worden wäre, wird dadurch doch ein bißchen eigentümlich beleuchtet, wenn nachher gesagt wird, daß er aus Mangel an Intelligenz einem Irrtum zum Opfer gefallen sei. Ja, die Dummheit hat schon manches entschuldigt, warum soll sie nicht auch hier entschuldigen können? Wenn das doch einmal ausgesprochen wird, warum sagt man ihm dann nach, daß er etwa frei erfunden habe, wo er sich nur im Irrtum befand?

Nun kam die Rede darauf, daß Kammerer und andere Gewerkschaftsführer etwas unterjährig zu Protokoll erklärt hätten. Hier wird mir von solchen Gewerkschafts-

führen, die auch heute genannt worden sind, auch solchen, die lobend genannt worden sind, gesagt, wie diese Protokolle zustande kamen. Ich muß sagen, dieses Zustandekommen ist eigentümlich, läßt aber auch einen Schluß ziehen auf die Gutmütigkeit dieser Herren. Es wird gesagt, daß der Fabrikinspektor es verstand, mit den Herren sehr freundlich zu beginnen, über Engel bestimmte Äußerungen zu machen, sie selbst im Gegensatz zu Engel sehr zu loben und ihnen dann Dinge nahe zu legen, die er gern aus ihnen herausgebracht hätte, also etwas, was der Herr Fabrikinspektor selbst bezüglich einfacher Arbeiter zurückgewiesen hat, indem er, wie mir von Herrn Stegerwald mitgeteilt worden ist, bei den Verhandlungen in Göln selbst sagte: „Ach was, Arbeitern kann man das auch jiggerieren.“ Daraus schlossen diese Arbeiterführer, daß er auch hier im Verkehr mit solchen Sekretären es verstanden haben mag, Dinge zu jiggerieren, die er gern von ihnen bestätigt haben wollte.

Es wurde dann der Vorwurf gemacht, der in den Broschüren zurückgewiesen ist — ich weiß nicht, wo die Wahrheit ist, es steht hier wiederum Behauptung gegen Behauptung —, es seien hohe Unterstufungen versprochen und nicht bezahlt worden. In den Broschüren steht, daß die versprochenen Unterstufungen ausbezahlt worden sind und daß manche sogar mehr bekommen haben, als ihnen versprochen worden ist. Es heißt dann, daß ein Arbeiter betont hätte, nicht ein einziger Arbeiter würde in den Streik getreten sein, wenn sie gewußt hätten, daß sie nur eine bestimmte kleinere Summe erhielten. Aus den Broschüren geht hervor, daß, als die Sache brennend geworden ist, die Arbeiter in den Ausstand traten, ohne die Ankunft Engels abzuwarten, so daß ohne Engel der Streik proklamiert worden ist. Diese Aussage des Arbeiters steht in direktem Widerspruch mit den Ausführungen der Broschüre. Wenn dann Herr Thelen mit seinen Ausführungen über Engel angeführt wird, so sind diese Aussagen von vornherein sehr bedauerlich, und es ist die Aussage nur dadurch etwas entkräftet, daß er betont hat, sagte: „Ihre Darlegungen haben mich zu dieser Überzeugung geführt.“

Dann wurde vom Herrn Fabrikinspektor in bezug auf eine Antwort des Gesamtverbandes, die zehn Tage nach seiner Anfrage eingetroffen sei und auf die hin er weitere Dinge unternommen habe, gesagt, daß sie ihn zu seinen weiteren Schritten veranlaßt habe. In der Broschüre wird gesagt, daß das nicht die Antwort auf sein zweites Schreiben war, sondern daß die Briefe sich gekreuzt haben.

Engel soll einmal sozialdemokratische Ausführungen „sozialdemokratische Lügen“ genannt haben. Das wird von mir durchaus und von jedem meiner Fraktionskollegen hier bedauert, denn ich bin der Ansicht, daß man in der Öffentlichkeit sowohl wie auch im Privatverkehr von Lügen niemals sprechen kann, wenn es sich um Unwahrheiten handelt, und zwar so lange, als ich dem Betroffenen nicht direkt auch den klaren Nachweis liefere, daß er offensichtlich die Unwahrheit gesagt hat.

Engel wurde telegraphisch aus Baden abgerufen. Ich bin überzeugt, daß die Leitung der Gewerkschaften ohne weiteres dabei geblieben wäre, wenn die Untersuchung der Dinge das alles oder auch nur einen Teil als richtig erwiesen hätte, was heute vorgeworfen worden ist und was auch in der Broschüre als Vorwurf ausgeführt wird. Allein man muß von der Leitung der Gewerkschaften nicht verlangen dürfen, daß sie es bei der telegraphischen Abberufung selbst auch dann, wenn die Untersuchungen nicht dieses Resultat



zeitigen sollten. Man wird verlangen müssen, daß erst die Untersuchungen stattfinden, und daß auf Grund dieser Untersuchungen dann das endgültige Urteil gesprochen wird.

Von den Cölnener Verhandlungen möchte ich lieber nicht reden, man müßte zu ausführlich werden. Ich spreche deshalb nur von einzelnen. Es wurde dem Herrn Fabrikinspektor nachgesagt, jeder zweite Satz sei eine Drohung gewesen. Es wurden mir von Gewerkschaftsführern auch Drohungen genannt. Eine Drohung wird von dem Herrn Fabrikinspektor zugegeben, nämlich: „Ich gehe nicht, bevor die telegraphische Abberufung vorgenommen ist oder aber gesagt wird, daß sie nicht vorgenommen wird.“ Soviel mir die Herren Gewerkschaftsbeamten mitteilen, ist dieses Verlangen entweder gleich oder mindestens ziemlich im Anfang der Verhandlungen gestellt worden, und nur weil sie nicht darauf eingingen, ist die tatsächliche Ausführung erst gegen Ende erfolgt. Es steht also auch hier Behauptung gegen Behauptung.

Es wird von den Herren dann gesagt, daß sie sehr geschäftsgewandte Herren seien. Das Urteil wird wohl festgehalten werden müssen.

Dann wird von der Erklärung Thelens gesprochen, von dem verlangt worden ist, daß er eingestehen, „er habe keinen Moment gezweifelt u. i. f., daß die Abmachungen so und so waren.“ Diese Erklärung Thelens wurde von Thelen unterschrieben, und das ist ein Beweis dafür, daß er mehr als gutmütig ist, und erklärt immer besser seine freiere Aussage: „Ihre Darlegungen haben mich zu dieser Überzeugung geführt.“ Es ist hier ein Ausdruck: „Ich war keinen Moment im Zweifel“, der nicht schlimm ausgelegt zu werden braucht, der aber sehr schlimm hätte ausgelegt werden können. Er könnte nämlich so ausgelegt werden, daß Thelen von Anfang an, also „keinen Moment“ im Zweifel war („Ich bin keinen Moment im Zweifel“), daß die Verhandlungen so und so vor sich gingen, nämlich anders, als er in einem anderen Schriftstück durch Unterschrift bezeugte. Damit hätte er selbst sich zugegeben, daß er wesentlich die Unwahrheit gesagt und mit seiner Unterschrift versehen hätte, und das würde als eine eintmannende Erklärung von der Leitung der Gewerkschaften zurückgewiesen. Die Leitung der Gesamtgewerkschaft konnte und mußte hier einschreiten, weil diesbezüglich mit der Leitung schon Verhandlungen gepflogen worden sind, so daß sie engagiert war und sie von dort ab mit verantwortlich war für das, was weiter geschieht, und sie ihren Vertreter, ihren Vertrauensmann schicken mußte. Ich bin der Meinung, daß hier die Leitung der Gesamtgewerkschaften nicht zu weit ging, wenn sie darauf bestand, anstelle jener Erklärung könne u. dürfte nur verlangt werden, daß Thelen erkläre: „Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß jene Verhandlungen so und so waren.“ Wesentlich war die Erklärung ganz dieselbe. Es handelte sich nur darum, daß dieser bestimmte Ausdruck, dieser zweideutige falsch auslegbare Ausdruck vermieden wurde, und das war nach meinem Dafürhalten doch eine Forderung, die man ohne weiteres einfach hätte erfüllen müssen.

Es wird dann weiter davon gesprochen, daß Wieber und Stegerwald veräurten, dem Landeskommissär und beim Fabrikinspektor vorzusprechen, bevor sie die Untersuchungen an Ort und Stelle vornehmen. Das ist eine Ansicht, die man haben kann, man kann sich aber auch sehr wohl auf den Standpunkt der Herren stellen, die zuerst die Untersuchung vornehmen wollten, um später dann die Herren zu sprechen. Die Gewerkschaftsblätter sagen, Engel verdiene den guten Glauben, daß alles, was er gesagt habe, wahr sei. Ich weiß nicht, ob das dort gesagt werden wollte. Um was

es sich immer drehte, also der Kernpunkt der Sache ist der, daß Engel behauptete, es seien von der Fabrikleitung Versprechungen gemacht worden. Der Herr Landeskommissär Straub sagt: „Diese Versprechungen sind nicht gemacht worden.“ Es ist die Verhandlung so vor sich gegangen, daß wenigstens ich der Überzeugung bin, daß sowohl der Herr Landeskommissär Straub zu seiner Ansicht kommen konnte, als auch Herr Engel zu seiner Ansicht kommen durfte, so daß es nicht notwendig ist, zu sagen, er habe dort die Unwahrheit gesagt, sondern man kann billigerweise zugestehen, daß er dieser Ansicht sein konnte und nur das sagte, wovon er überzeugt war. Im Zusammenhang damit wurde Herr Engel sehr lächerlich gemacht, und ich habe es bedauert, daß man mit solchen Vergleichen und Beispielen einen Mann in der Öffentlichkeit behandelt.

Es ist ein bekannter badischer Geistlicher genannt worden. Dieser Mann ist der Herr Stadtpfarrer Feurstein in Donaueschingen, ich nenne den Namen, damit keine Verwechslungen unterlaufen. Dieser soll gesagt haben, daß er Engel als Draufgänger kenne. Wenn das der Fall ist, so sind damit eben noch mehr Steine auf den Herrn Engel geworfen worden, als ihm schon zugedacht und zugewendet worden sind. Es kommt immer mehr darauf hinaus, daß dieser Herr eben mehrere Fehler gemacht hat, daß er sich als Führer eines Streiks nicht eignet, aber es zeigt sich auch immer mehr, daß man die christlichen Gewerkschaften als solche nicht allesamt als Sünder hinstellen darf, wie es infolge verschiedener Mitteilungen, namentlich in Preßörterungen, tatsächlich geschah und wie es geschieht durch den schließlichen Bruch der Beziehungen zwischen Fabrikinspektion und christlichen Gewerkschaften.

Es wurde, wie gesagt, von dem Besuch gesprochen, den die Herren Wieber und Stegerwald anlässlich ihres Aufenthalts in Karlsruhe vor der Untersuchung, die sie hier anstellen wollten, nicht gemacht hätten. In der Broschüre ist es anders dargestellt, als der Herr Fabrikinspektor gesagt hat. Dort steht, daß ihnen indirekt mitgeteilt worden wäre, der Herr Fabrikinspektor habe ausgesprochen, er wolle sehen, ob die beiden Herren auch zu ihm kommen. Es ist ihnen auch indirekt mitgeteilt worden, zu welcher Zeit der Herr Fabrikinspektor auf dem Bureau zu treffen sei; sie haben auch zu dieser Zeit vorsprechen wollen, nachdem sie kurz vorher von Cöln angekommen waren; sie haben aber auf wiederholte telefonische Anfrage die Antwort bekommen, der Herr Inspektor sei abwesend. Daraufhin haben sie am folgenden Tag telegraphiert; das stimmt mit dem, was der Herr Fabrikinspektor gesagt hat. Ich glaube also, daß die Herren keine Schuld trifft.

Nun kommt der weitere Punkt, den die christlichen Gewerkschaften sich nicht gefallen lassen wollen, das ist, daß der Herr Fabrikinspektor weitere Verhandlungen mit den Herren Wieber und Stegerwald abgelehnt hat und statt ihrer andere Herren gewünscht hat und zwar die Herren Schiffer und Giesberts. Darauf gingen diese Herren jedoch nicht ein, einmal weil sie sagten, daß nicht genügend Grund vorzuliegen schein, um die beiden erstgenannten Herren zu desavouieren und in der Öffentlichkeit bloßzustellen, und weiter, weil diese allein unterrichtet wären, während die Herren Giesberts und Schiffer nicht eingeweiht wären, da sie die betr. Verhandlungen nicht mitgemacht hätten und nicht unterrichtet sein könnten, so daß Verhandlungen mit ihnen auch wenig Wert haben könnten. Dann aber wurde es auch aus dem Grunde abgelehnt, weil sie sagten, jeder einzelne Verband, also auch der Metallarbeiterverband, sei so selbstständig, daß er nur auf Anordnungen seines Vorsitzenden, also hier des Herrn Wieber, zu hören habe,



während Herr aus dem Gesamtvorstand dem einzelnen Verband nichts vorzuschreiben hätten, also der Erfolg der Verhandlungen dadurch schwierig gemacht worden wäre.

Wenn dann beklagt wurde, daß Herr Engel tatsächlich nicht abgerufen wurde, wenigstens jetzt nicht abgerufen ist, so glaube ich, das damit erklären zu sollen, daß ja die gesamten Gewerkschaften in Mißkredit gekommen waren, sodas es dann wenigstens für den Herrn Fabrikinspektor gleichgültig sein konnte, wenigstens konnte es so aufgefaßt werden, ob ein Beamter weiter arbeitet, der in Mißkredit ist, oder ein anderer, der ja jetzt mit der Gesamtheit der Gewerkschaften auch in Mißkredit gefallen ist.

Wenn die Broschüre über die angeführte Entscheidung des Gerichts das Gegenteil von dem sagt, was im Urteil steht, so ist das bedauerlich, und ist nur dadurch zu erklären, daß jener Teil oder die gesamte Broschüre bereits im Druck waren, als das Urteil veröffentlicht worden ist, und daß deswegen der betreffende Teil der Broschüre nur auf mündliche Aussagen und auf Presseäußerungen hin aufgenommen wurde, und dann auch nicht als eigentliches Urteil des Gerichts hingestellt wird, sondern als Aussagen, die im Laufe der Gerichtsverhandlungen gemacht worden sind vom Staatsanwalt oder anderen, die hier maßgebende Rollen gespielt haben.

Damit möchte ich diese Einzelfragen verlassen. Es wurde vom Herrn Fabrikinspektor gesagt, daß der Streik gegen das Prinzip der christlichen Gewerkschaften gewesen wäre, und daß er deswegen auch den ganzen Streik bedauere und hoffe, daß die christlichen Gewerkschaften für die Zukunft eine Lehre daraus ziehen. Die sozialdemokratische Presse hat den ganzen Vorgang der Verhandlungen zwischen Fabrikinspektion und christlicher Gewerkschaft und dann den ganzen Streik und die Folgen des Streiks ausgenützt zu einem Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften überhaupt, zu einem Kampf, in dem betont wurde, daß nichts erreicht worden wäre. Später, als man zugeben mußte, daß manches erreicht worden ist, wurde behauptet, daß dies nicht durch die christlichen Gewerkschaften erreicht worden sei sondern durch die Behörde, oder daß die Fabrikdirektion eben hier entgegengekommen sei, alles Behauptungen, auf die ich an sich im einzelnen eingehen müßte, es aber nicht tue, weil das zu weit führen würde. Ich bin aber aus genannten Gründen genötigt, meine Stellung und die meiner Fraktion zu den christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen, ich muß das auch deshalb tun, um denen, die infolge dieses Vorfalles auf die christlichen Gewerkschaften selbst einen Mafel und ein Mißtrauen fallen lassen möchten, grundlegende Ausführungen geben zu können, die klärend wirken und die namentlich im Lande draußen auch den Gegnern gegenüber unsere Stellung klipp und klar kennzeichnen, trotz der heutigen Ausführungen und trotz all der Vorkommnisse und trotz der Fehler, die gemacht worden sind, die auch von uns anerkannt und verurteilt werden, und trotz der Fehler, die nicht unterucht werden können.

Die Entwicklung der Industrie hat es mit sich gebracht, daß Organisationen der Arbeiter entstanden sind. Sie mußten entstehen, und ich muß sagen, sie sind leider nicht einheitlich. Ich bedauere, daß diese Organisationen nicht einheitlich sind. Es wäre von großer Bedeutung, wenn sie es wären. Wir haben freie Gewerkschaften, die 1 800 000 Mitglieder haben, und christliche Gewerkschaften, die 275 000 Mitglieder zählen; wir haben Hirsch-Dunckerische, von denen ich weiter nicht reden will, weil sie mehr Versicherungsinstitute sind. Es haben sich dann auch gelbe Gewerkschaften gebildet, die ganz besonders

vom Standpunkt des Sozialpolitikers zu bedauern sind, die aber vielleicht das Gute haben könnten, daß gerade die freien Gewerkschaften, die man seit dem Mannheimer Parteitag wohl auch sozialdemokratische Gewerkschaften nennen darf, zur Einsicht gedrängt werden, daß sie nicht auf dem Boden stehen, auf dem Erfolge für die Zukunft zum Wohle der Industrie, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu erzielen sind. Sie basieren auf dem Prinzip des Klassenkampfes, einem Prinzip, das nicht von Vorteil für die Gesamtheit werden kann. Das Prinzip ist verfehlt, weil es antisozial ist, denn wer Klassenkämpfer ist, der will, daß die Klasse, mit der und für die er kämpft, über die anderen den Sieg davonträgt. Sozial aber ist, daß man sich einreißt in die Gesellschaft, daß jeder in seinem Beruf persönlich und mit seiner Klasse sich dorthin stellt, wo er zum Wohle der Gesamtheit mitarbeiten kann. Diese antisoziale Richtung der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist nichts anderes als der Ausdruck der Klassenegoismus, und das ist der Gegendruck gegen den Egoismus der Einzelperson, der die Schulauffassung früherer Zeiten war. Sie kennen jenen individuellen Egoismus, wo der Einzelne, nach Niebichs Philosophie z. B., als Einzelnen als Herrenmensch vorangeht, und die anderen für sich in Anspruch nimmt, soweit er das eben kann. Auf diesen einseitigen Egoismus des Einzelnen folgte das andere Extrem, der Egoismus der Einzelklasse, die sich als einzig berechtigt ansieht, gegen die anderen Klassen anzukämpfen, um so die Unterdrückung der anderen und den schließlich den eigenen Klasse zu erringen. Das ist leicht zu begründen, und ich muß das tun, weil ich damit den Gegensatz in der Auffassung der anderen Gewerkschaften am leichtesten klar machen kann.

Woher stammt dieses Prinzip des Klassenkampfes? Es stammt von Karl Marx und seiner Evolutionstheorie, die auch von anderen, auch von dem Herrn Abg. Koll auf den Parteitagen anerkannt worden ist. Das Prinzip des Klassenkampfes ist aber ein für die soziale Entwicklung verderbliches Prinzip. Karl Marx hat diese Evolutionstheorie oder auch seinen historischen Materialismus dazu aufgestellt, um der Gesellschaft eine Sicherheit auf Grund der mechanischen Entwicklung der Verhältnisse zu geben. Die Gesellschaft sollte das Vertrauen gewinnen, daß alles sich mechanisch notwendig entwickeln wird, er hat dabei aber ganz außer Acht gelassen, daß auch ideologische Momente in Betracht zu ziehen sind. Die Nachfolger haben das auch erkannt, auch ein Vernünftiger z. B. hat wiederholt hervorgehoben, daß die ideologischen Momente wenig beachtet worden sind, daß deshalb die Grundfalsch von Karl Marx von der mechanischen, notwendigen Entwicklung der Dinge nicht ganz richtig ist, sondern daß der Einfluß eines höheren „Zy“ geistiger geistiger Arbeit, geistiger Einflüsse mitbeachtet werden muß. Es ist also dieses „der Geschichte ehernes Maß“ nach meiner Meinung mehr zu einem „roten Maß“ geworden, das ein einzelner Sozialdemokrat nach seinen Bestandteilen nicht mehr unteruchen kann, zu einem „roten Maß“ für das mancher schon das Geburtsrecht seiner Christenwürde verkauft hat.

Von diesem Marxismus infiziert, im Vertrauen auf die mechanische Entwicklung der Dinge, hat der Sozialismus eine Kultur, die für den einzelnen Arbeiter sehr notwendig ist, außer Acht gelassen, nämlich die Arbeit an sich selber, an dem inneren Menschen, die „Seelenkultur“, ohne die eine gute Entwicklung der Industrie gar nicht denkbar ist. Bei der Aufgabe, nur die „Außenkultur“ zu heben, ist die „Innenkultur“ vernachlässigt worden. Bessere staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen kann man an und meint damit der Gesellschaft zu helfen.



wäre notwendiger und das einzig Richtige, dafür Sorge zu tragen, daß bessere Menschen geschaffen werden, um diese hineinzuführen in die neuen Verhältnisse. Richard Wagner hat das sehr schön in einem Brief an seinen Freund Ködel zum Ausdruck gebracht, indem er ausführt, daß er unter Feuerbachs Einfluß idealistischer Sozialist gewesen sei und gleichzeitig unbewußt im Nibelungenring die Lebensanschauung zum Ausdruck gebracht habe, daß der Fluch des Goldes, d. h. der schlimme Einfluß, den das Gold auf den Menschen ausübt, nicht die Folge der schlimmen kapitalistischen Einrichtungen, sondern die Folge der dämonischen Neigungen im Inneren des Menschen sei. Er hat also hier schon eine Ansicht ausgesprochen, zu der er sich immer mehr entwickelt hat, daß es notwendiger ist, statt neue bessere Einrichtungen zu schaffen, bessere Menschen zu schaffen. Also ist wohl auch der Ruf, den das Christentum immer wieder und jährlich zu bestimmten Zeiten an die Menschen ergehen läßt, „Renovamini!“ Erneuert den inneren Menschen, bildet bessere Menschen! wohl eine bessere und höhere soziale Tat als der Ruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch.“ Denn was ist damit gewonnen, wenn diese auch vereinigt sind, wenn die Innenkultur nicht gepflegt worden ist und wenn sie nicht zu besseren Menschen erzogen worden sind. Nietzsche spricht z. B. von einem Mangel an tragischer Gesinnung. Er warnt vor den Optimisten, die ohne Sorge für Lebensbesserung bessere Zeiten erwarten, und vor den Pessimisten, die die Spitze ins Korn werfen und überhaupt nichts gutes erwarten, sondern empfiehlt die tragische Gesinnung, die in der Mitte liegt, die sich keinen Illusionen hingibt über den Charakter der Menschen, aber alles tut, um die Menschen zu heben und zu bessern. Diese tragische Gesinnung vermißt man bei einzelnen Führern der Sozialdemokratie, diese tragische Gesinnung hat z. B. auch nicht der siebzigjährige Feuerkopf Bebel, der doch wohl ein ausgesprochen optimistischer Optimist ist, der sich schon gar manden Illusionen hingegeben hat. Solche ausgesprochene Optimisten fallen sehr oft ins andere Extrem hinüber und werden zu weltverdammenden Pessimisten. Deshalb ist wohl auch erwiesen, daß in der Hauptsache bei der Besserung der industriellen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Lage der Menschen die Seelenkultur notwendig ist, die Innenkultur der Menschen, das, was die christlichen Gewerkschaften ganz besonders auf ihr Programm geschrieben haben, umso mehr, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften ja nicht imstande sind, eine Seelenkultur zu fördern, denn für sie existiert ja eine Seele nicht (Nachen bei den Sozialdemokraten). Sie sagen, daß die Seelenkultur nicht von Ihnen beabsichtigt wird, Sie fassen nur die wirtschaftlichen Verhältnisse ins Auge, und Sie haben mit diesen Dingen, die die Seele angehen, namentlich mit den religiösen Momenten, gar nichts zu tun. Ein Mann unserer Tage, ein Menschenkenner, hat einmal geschrieben: „Die Seelenkultur ist unerlässlich, denn aus ihr stammt der Wille, die Kraft, die Selbstverleugnung, die Nächstenliebe, ohne welche die Programme vergilben, die Gesetze nicht durchdringen, die Organisationen stocden, die Verträge durchbrochen werden, und die besten Vorschläge an unüberwindlichem Eigenwillen an der rechthaberischen Gerechtigkeit aller Beteiligten scheitern.“ Dafür haben wir das Beispiel, das vorhin schon angeführt wurde, von Vorwärtiger in Mannheim. Die besten Vorschläge — und das sind sie wohl gewesen, die er im Namen des Gewerkschaftsbundes vorgebracht hat — sind an unüberwindlichem Eigenwillen und rechthaberischer Gerechtigkeit aller Beteiligten gescheitert. Mit solchen Massen ist aber ein Zukunftsstaat doch nicht wohl aufzurichten. Sodann

möchte ich Sie von der sozialdemokratischen Partei doch fragen, ob Sie denn nicht eigentlich auch schon herausgeföhlt haben den ganzen Jammer, der in Ihren ewigen Polizeifragen liegt, die Sie vorbringen, wie Herr Abg. Süßkind z. B. von dem Polizeihauptmann auf der Straße in Mannheim gesprochen hat und Herr Abg. Stockinger von den Schulkleuten in Pforzheim, die schon durch ihre Anwesenheit in einer Versammlung die Leute in Aufregung gesetzt haben? Damit ist doch eigentlich der Erziehung der Arbeiterschaft ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Ist dieses Volk nicht zu vergleichen mit einem edlen Pferd, das aber vor jedem elektrischen Wagen scheut? Das Pferd zeigt damit, daß es minderwertig ist, und daß es bei seiner Erziehung in die Hände eines Stümpers gefallen ist. Mit einer Arbeiterschaft, die einem nicht gut erzogenen Edelpferd zu vergleichen ist, kann man wohl den Wagen der Gesellschaftsordnung aus dem Geleis der heutigen Gesellschaftsordnung herausreißen; aber ihn auf dem neuen Wege der neuen Ordnung voranzuführen, wird schlecht gehen, weil die Seitensprünge nicht lange auf sich warten lassen und der ganze Karren sehr bald im Abgrund liegen dürfte.

Wenn die Zustände besser werden sollen, müssen die Menschen besser werden. Woher nehmen Sie aber die Moralgrundsätze, mit denen Sie die Menschen besser machen wollen? (Abg. Maier: Von Ihnen nicht!) Woher nehmen sie die sozialdemokratischen Gewerkschaften? Das Christentum hat eine Autorität, die diese Grundsätze in die menschliche Gesellschaft hineingestellt hat mit der Verpflichtung, sich darnach zu richten, das Christentum läßt einen allwissenden Gott darüber wachen, ob diese Moralgrundsätze beobachtet werden, und sieht eine Verantwortung diesem ewigen Gotte gegenüber vor. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften können ihre Grundsätze, die sie zur Besserung der Menschen aufstellen, wohl höchstens auf einen Nützlichkeitsstandpunkt stellen. Dieser Nützlichkeitsstandpunkt wurde auch schon wiederholt betont. Sie wissen ja, daß auch Kautsky seine Moral auf diesen Nützlichkeitsstandpunkt gestellt und gesagt hat, daß, wenn es dem Freunde der eigenen Klasse nützt, man dann die Wahrheit sagen müsse. Auch der „Vorwärts“ hat sich auf diese Frage eingelassen und hat gesagt, daß eine Lüge niemals erlaubt ist, und zwar aus demselben Nützlichkeitsstandpunkt, indem er sagt: Wer lügt dem Feind gegenüber, der wird auch unzuverlässig dem Feind gegenüber. Also wiederum der Nützlichkeitsstandpunkt in bezug auf die eigene Klasse. Dieser Nützlichkeitsstandpunkt ist nicht neu, es ist das „praktische Politit“, wie man sonst auch sagt, deren Vater vielleicht Machiavelli sein könnte, der der erste ist, der prinzipiell das politische Handeln von der Welt des Charakters und des Gewissens trennte und die Politik auf die Berechnung der zweckmäßigsten Mittel stellte. Diesem heißen Südländer gegenüber hat aber sofort der kühle Engländer Gladstone geantwortet: Was moralisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein. Es ist des weiteren begreiflich, daß Sie den Nutzen Ihrer Klasse ins Auge fassen und daß Sie ihn auch ausschlaggebend sein lassen; denn Sie erwarten ja von dem aufstrebenden Sieg der Arbeiterklasse die Erlösung der gesamten Menschheit, wie Sie das oft zum Ausdruck bringen, namentlich in Weihnachtsartikeln. Der Kampf Ihrer Klasse soll zum Wohle der Gesamtheit sein. Sie werden uns aber nicht übel nehmen, wenn wir dafür kein Verständnis haben; denn es ist wohl die Sache eines jeden, der für seine Interessen eintritt, daß er damit der Gesamtheit einen Nutzen erweisen will. Ob er das erreicht, ist eine andere Frage. Was sagen Sie dazu, wenn ein Vertreter der angelsächsischen Klasse, wie das gesehen ist, sich hinstellt und sagt: Es wäre für die Ge-



samtheit der Welt am besten, wenn die englisch redenden Nationen die Weltordnung den anderen diktieren würden?

Ich frage ferner: Was haben denn die sozialdemokratischen Gewerkschaften für eine Auffassung von der Arbeit? Wie wollen sie denn den Leuten die Arbeit empfehlen, daß sie mit Freude sich ihr unterziehen und daraus einen Lebensinhalt sich schaffen? Mit der Diesseitspolitik, glaube ich, ist das nicht zu erreichen (Abg. Kolb: Namentlich nicht mit Ihrer Diesseitspolitik! Heiterkeit). Sie haben demnach eine andere Diesseitspolitik, und ich will deswegen etwas darauf eingehen. Es ist Ihre Diesseitspolitik, daß Sie sagen, die Arbeiter müßten zu größeren Bedürfnissen erzogen werden. Sie kennen jedenfalls den Ausdruck Lassalles, der geklagt hat über die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ich habe Verständnis für dieses Wort Lassalles von der „verdammten Bedürfnislosigkeit“, weil auch ich weiß, daß ein zu höherer Bedürfnissen herangezogener Arbeiter bessere Arbeit leistet (Abg. Venedey: Sehr richtig!), und daß die fortschreitende Technik unserer heutigen Zeit solche Arbeiter immer mehr fordert. Ein Hindu z. B., der mit seiner täglichen Reisportion zufrieden ist, wird nur so viel Arbeit leisten, als notwendig ist, um diese zu verdienen, und im übrigen die Arbeit Arbeit sein lassen. Allein diese Bedürfnisse, die geweckt werden sollen, müssen doch wohl auch untersucht werden. Wenn Sie hier bloß Bedürfnisse für weiteren und höheren Genuß meinen, so sage ich Ihnen, daß Sie mit diesen Bedürfnissen und mit der Befriedigung dieser Bedürfnisse nicht weit kommen. Ich schließe hier auch die intellektuellen Bedürfnisse nicht aus. Das steigert, philosophisch und psychologisch genommen, nur den Hunger nach Geld. Der Arbeiter, der mehr Genuße haben will, seien es materielle oder intellektuelle Genuße, sagt sich: Ich muß mir mehr Geld erwerben, um mir diese Genuße gestatten zu können. Wohin kommen wir aber, wenn wir nur den Hunger nach Geld fördern? Es gibt auch Leute, von denen man sagen kann, daß sie nicht „Besitzer“ sind, sondern vom Gelde „Beisessene“. Es gibt Leute genug, die trotz ihres Geldes nicht glücklich sind, und es gibt Leute genug, die ein Beweis dafür sind, daß mit dem Streben nach Geld, mit dem Besitz des Geldes allein nicht geholfen ist. Es ist deswegen sehr leicht, in einer Versammlung über den Kapitalismus loszuziehen oder, wie gestern Herr Abg. Pfeiffle gesagt hat, über den „Geldhunger“ und über die „Habsucht“ der Besitzenden. Schwerer, weit schwerer ist es, über den Kapitalismus im eigenen Herzen zu sprechen und gegen ihn zu Felde zu ziehen, gegen den Geldhunger, der auch bei dem Proletarier vorliegen kann und gegen den aufzukommen Sie eben dann kein Mittel haben. So kann der Arbeiter ein „Hammonsnecht“ sein, wie Sie das hier und da ausdrücken, so gut als ein Besitzender und Arbeitgeber. Es gibt manche Arbeitgeber, die heute Wohlthäter der Menschheit im modernsten Sinne des Wortes sind, weil sie nicht Almosen geben, sondern Arbeitsgelegenheit schaffen.

Das Christentum hat in dieser Beziehung Mittel und geht der häufig schlimmen Situation auf den Grund. Es sucht das Übel in der Wurzel und sucht, die Wurzel zu heilen. Es sagt sich, daß das Geld überhäuft wird, und daß es als höchstes Gut hingestellt wird. Mit dem Gelde ist aber das Glück, das der Mensch sucht, nicht erreicht, deshalb geht das Christentum wohl den einzig richtigen Weg, wenn es die Entwertung des Geldes vornimmt, soweit das zur Gesundung unserer Verhältnisse notwendig ist. Es entwertet das Geld durch den Hinweis auf ein höheres reineres Glück.

Als Kind von neun Jahren stand ich am Ufer des Bodensees und sollte hinüberfahren, sah aber an dem Tage nichts als eine große Menge Wasser vor mir, das jenseitige Ufer konnte ich nicht entdecken. Als Kind hatte ich nun die Vorstellung: Die Schiffe, die hier abfahren, in die Ferne ziehen und dort immer kleiner werden, gehen drüben unter. Ich war deshalb um keinen Preis auf ein solches Schiff zu bringen. Erst nachdem man mir erklärt hatte, wie sich das verhält, betrat ich ein Schiff und fuhr hinüber an das Ziel. Ich wußte nichts von den Alpen, die dort drüben stehen und dem ewigen Sonnenschein des Südens. So geht es dem, der nur Diesseitspolitik treibt; er sieht am Ufer des Meeres, des Lebensmeeres, der Mensch muß hinausfahren auf dieses Lebensmeer, er muß seine Arbeit auf dem Schiffe leisten, und eines Tages geht das Schiff dort unter, ohne daß ein Ziel auf dem jenseitigen Ufer erreicht ist. Es ist aber doch wohl ein gewaltiger Unterschied über die Auffassung der Arbeit, die auf dem Schiffe geleistet wird, das kein Ziel am jenseitigen Ufer hat, und auf dem Schiffe, das drüben ein Ziel kennt. Wenn ich auf dem Schiffe bin, wo das Ziel das jenseitige Ufer ist, wo ich die glückliche Sonne der Ewigkeit finde, dann werde ich auf dem Schiffe gerne arbeiten und jede Arbeit tun, die mir angewiesen wird, weil ich mir sagen muß: Ich muß hinüberkommen, und wenn ich hinüberkommen will, muß ich diese Arbeit leisten. Bin ich auf dem anderen Schiffe, so werde ich mir sagen: Was soll ich drunten im Kohlenraume bei den heißen Dampffesseln, während andere drohen auf dem Schiffe es sich gemütlich sein lassen? Wenn doch alles zugrunde geht und alles einmal aufhört, will ich es ebenso gut haben wie diese Leute. Man wird also auf dem Standpunkte der Diesseitspolitik den Arbeiter niemals überzeugen können, daß die Arbeit für ihn eine Freude und eine Notwendigkeit ist, sondern der Arbeiter wird stets rütteln an den Ketten, die ihn an die Arbeit fesseln, und die ihn ausschließen von den Genußen, die andere haben. Damit erkennen Sie auch, warum es christliche Gewerkschaften gibt, und warum wir ihnen unsere ganze Sympathie entgegenbringen. Kein Kapitalismus ist das, wie z. B. die „Badische Landeszeitung“ gestern und vorgestern aus meinen früheren Ausführungen glaubte schließen zu sollen. Ich benutze die Gelegenheit anzuerkennen, daß gerade die „Badische Landeszeitung“ u. auch die Mannheimer liberale Presse wiederholt schon gezeigt haben, daß sie sich Mühe geben, mir gegenüber gerecht zu werden. Damit erkennen Sie, daß wir von diesem unserem sozialpolitischen Standpunkte aus mit einer Behandlung der christlichen Gewerkschaften, wie sie beim vorliegenden Falle vorgekommen ist, uns nicht einverstanden erklären können.

Ich werde mir verjagen, weiter auf die Dinge einzugehen, die ich teilweise an der Hand der Besprechung des Vortrages des Herrn Fabrikinspektors schon gestreift habe. Ich hätte noch einige Ausführungen zu machen bezüglich des Streites seiner Berechtigung usw., allein die Zeit ist zu weit vorgeht. Ich glaube auch nicht, daß es einen weiteren Zweck hätte und einen Eindruck machen würde, jetzt im Anschluß an die ins Einzelne gehenden Ausführungen des Herrn Fabrikinspektors weiter darüber zu reden. Ich will mich deswegen darauf beschränken, daß ich betone: Der Streik, der in Rheinfelden inszeniert worden ist, ist nach meinem Dafürhalten begründet gewesen. Das Verhalten der Generaldirektion der Aluminiumpfwerke war ein derartiges, daß die christlichen Gewerkschaften Grund hatten, in einen Streik einzutreten. Es ist Tatsache und ist nicht widerlegt, daß der Streik mit einem gewissen Erfolg geführt worden ist, und es ist



auch nicht nachgewiesen, daß es während des Streikes infolge der Führung durch den Gewerkschaftssekretär Engel zu Ausschreitungen gekommen ist. Mit diesem Erfolg können die christlichen Gewerkschaften zufrieden sein, und ich beschränke mich darauf, noch zu betonen, daß wir den Bemühungen des Herrn Landeskommissärs Straub gegenüber Dank aussprechen können, und daß wir es offen anerkennen, daß er es war, der sich redlich Mühe gegeben hat, in der außerordentlich schwierigen Situation zu tun, was zu tun war, um den Streik beizulegen. Wir verlangen aber auch, daß anerkannt wird, daß man auf der Seite der christlichen Gewerkschaften, namentlich der Führung der christlichen Gewerkschaften, von demselben guten Willen geleitet war, und daß man auch auf dieser Seite geglaubt hat, das Beste zu tun, und nicht mit Unwahrheit absichtlich umgegangen ist bei Beilegung des Streikes sowohl wie später bei den Verhandlungen, die mit dem Herrn Vorstand der Fabrikinspektion geführt worden sind. Was gefehlt worden ist, wurde von mir als fehlerhaft anerkannt, und ich glaube, daß ich mich damit begnügen darf.

Ich möchte wünschen, daß die Ausführungen, die wohl zu den peinlichsten gehören, die in einem Landtage vorkommen können, und die auch mich jetzt in die schwierigste Situation gebracht haben — ich muß für manche Ausführungen, die die Verhandlungen vielleicht etwas in die Länge gezogen haben, um Entschuldigung bitten, denn es war nicht vorauszusehen, wie viele Einzelheiten hier vorkommen und auf wie viele Einzelheiten ich zu antworten hatte —, aufklärend wirken. Ich möchte aber aus der Debatte auch die Hoffnung entnehmen dürfen, daß der Herr Vorstand der Fabrikinspektion trotz der besprochenen Vorkommnisse die Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften nicht endgültig als abgebrochen betrachtet. (Abg. Kopf und andere: Das darf er gar nicht!) Ich möchte darauf hinweisen, daß die christlichen Gewerkschaften auch ein Recht haben, zu verlangen, daß der Herr Fabrikinspektor ihnen gezeige über die Möglichkeit, zu einem guten Auskommen die Wege zu bahnen (Reschauer Beifall im Zentrum).

**Präsident Rohrhurst:** Verschiedene Ausführungen des Herrn Mehnert werden mit dem vorliegenden Beratungsgegenstande wohl schwer in Zusammenhang zu bringen sein (Sehr gut! links).

**Minister Frhr. von und zu Bodman:** Dem Wunsche, den der Herr Abg. Knebel am Schlusse seiner Ausführungen ausgesprochen hat, daß die Beziehungen zwischen der Großh. Fabrikinspektion und den christlichen Gewerkschaften nicht endgültig aufgegeben sein mögen, sondern daß sich ein Weg finden möge, sie wieder aufzunehmen, kann ich mich nur anschließen. Wenn aber durch Zwischenrufe gesagt wurde: „Das darf er gar nicht, die Beziehungen aufgeben, er ist verpflichtet, diese Beziehungen aufrecht zu erhalten!“, so möchte ich doch sagen: Das ist nur mit einer gewissen Einschränkung richtig. Selbstverständlich darf die Behörde, wenn von irgend einer Vereinigung etwas an sie kommt, eine Bitte, eine Beschwerde, eine Vorstellung, die ihren Geschäftskreis berührt, ein Eingehen auf diese Bitte nicht deshalb ablehnen, weil sie bei vorhergehenden Verhandlungen zu einer ungünstigen Beurteilung dieser Vereinigung gekommen ist. Es wäre deshalb auch durchaus unrichtig gewesen, wenn auf die Anzeige hin, von der gesprochen worden ist, nicht das nämliche gesehen wäre, was auf irgend eine andere Anzeige desselben Inhalts hin auch gesehen wäre, wenn sie also nicht in geschäftliche Behandlung genommen worden wäre. Im übrigen ist aber das, was die Fabrikinspektion in der vorliegenden Angelegenheit getan hat,

zum großen Teil eine freiwillige Tätigkeit gewesen. Diese ganze Vermittlertätigkeit ist eine freiwillige Tätigkeit der Großh. Fabrikinspektion, die ich, wie ich das schon vor zwei Jahren gesagt habe, in keiner Weise unterbinde; aber diese freiwillige Tätigkeit kann eingestellt werden, ohne daß daraus der Behörde ein Vorwurf gemacht werden kann. Ich habe auch gestern schon gesagt: Die Erfahrungen, die die Beamten in dieser Angelegenheit gemacht haben, ermutigen gerade nicht dazu, daß eine derartige Vermittlertätigkeit fortgesetzt wird (Sehr richtig! links). Ich gebe mich aber auch nach dieser Richtung der Hoffnung hin, daß sich die Beziehungen bessern werden.

Der Herr Abg. Knebel hat seine Ausführungen damit begonnen, daß er gesagt hat, es sei dem Vorstand der Großh. Fabrikinspektion der Vorwurf der Parteilichkeit nicht, wenigstens nicht in den Broschüren gemacht worden. Das mag sein; der Vorwurf der Parteilichkeit ist ihm aber hier in diesem hohen Hause von dem Herrn Abg. Reinhardt gemacht worden (Sehr richtig! links), und das war der Hauptgrund, warum der Herr Vorstand der Fabrikinspektion hier in dieser ausführlichen Weise Rede gestanden hat; das war auch der Hauptgrund, warum ich gewünscht habe, daß er hier Rede stehe. Es ist auffallend, daß der Herr Abg. Knebel mit keinem Wort auf diesen Vorwurf, der von seinem Fraktionsgenossen erhoben worden ist, eingegangen ist (Zurufe). Der Herr Abg. Reinhardt hat diesen Vorwurf in einer längeren Ausführung erhoben. Er hat gesagt: „Die Fabrikinspektion sollte allen Beteiligten ohne Ausnahme und gleichmäßig ihr Ohr und ihre Hilfe leihen, und zwar sollte sie das tun ohne Rücksicht auf die Parteilichkeit derselben und ohne Rücksicht auf die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten der Organisation, mögen diese nun hinsichtlich der Zahl ihrer Vertreter zu den starken oder zu den schwächeren gehören.“ Und er ist fortgefahren: „Das hohe Lob, daß in dieser Hinsicht dem früheren Fabrikinspektor Woerischhoffer gezollt werden konnte, scheint mir auf den gegenwärtigen Träger dieses Amtes nicht übertragbar zu sein“ (Hört! hört! links). Er hat das dann durch Vorgänge bei dem Streik in Rheinfelden erläutert und hat gesagt: „Diese Vorgänge nötigen mich auch diesmal zur Klage über Nichtachtung einer Richtung, der christlichen Gewerkschaften.“ Der Herr Abg. Reinhardt hat also einen sehr schweren Vorwurf, wohl den schwersten Vorwurf, den man gegen einen Beamten erheben kann — den Vorwurf der Parteilichkeit —, in aller Form hier gegen den Vorstand der Fabrikinspektion erhoben. Wenn nun eines aus den Darlegungen des Vorstandes der Fabrikinspektion hervorgeht, so ist es das, daß er nicht parteiisch verfahren ist (Sehr richtig! links). Sein ganzes Bestreben war darauf gerichtet, für die Arbeiter und für die gewerkschaftliche Bewegung, für die christlich gewerkschaftliche Bewegung einzutreten; sein ganzes Bemühen war darauf gerichtet, eine Persönlichkeit aus dieser Gewerkschaftsbewegung herauszubringen, die er als völlig ungeeignet für die Vertretung dieser Gewerkschaften erachtet und von der er befürchtet hat, daß durch sie diese Gewerkschaften und damit die Arbeiterschaft schweren Schaden leiden werden (Sehr richtig! Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Auf die Einzelheiten will ich im übrigen nicht eingehen und mich auch eines Urteils über die einzelnen Vorgänge enthalten.

Das eine muß ich noch sagen: Wie der Herr Abg. Knebel nach den Ausführungen des Vorstandes der Fabrikinspektion sagen konnte, „das Ziel des Herrn Fabrikinspektors könne auch das gewesen sein, was der Abschluß der ganzen Sache war, nämlich der Bruch mit den christlichen Gewerkschaften...“ (Abg. Knebel: Das



jabe ich nicht gesagt!). So habe ich den Herrn Abgeordneten verstanden (Lebhafter Widerspruch im Zentrum). Wenn ich das mißverstanden habe, so kann ich nur meine Freude darüber aussprechen, daß der Herr Abgeordnete das nicht gesagt hat; denn wenn er das gesagt hätte, so müßte ich sagen: Es wäre mir unerfindlich, wie man gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorstands der Fabrikinspektion so etwas sagen kann. Ich gehe also auf Einzelheiten nicht ein. Nur zwei Dinge geben mir Veranlassung, noch etwas zu sagen.

Der Herr Abg. Knebel hat zunächst einmal von der Erklärung des Herrn Thelen gesprochen, und da wird es zur Klarstellung für das ganze Hohe Haus von Interesse sein, daß der Herr Landeskommissär am 2. März schriftlich folgendes erklärt hat: „Tatsächlich hat Thelen die Erklärung (die erste Erklärung, die in der Broschüre in so starken Ausdrücken charakterisiert wird) gebilligt und in meiner Gegenwart und derjenigen des Herrn Regierungsrats Dr. Föhlisch am 6. November 1909 unterzeichnet. Zu einer längeren Erörterung vor Feststellung und Unterzeichnung der Erklärung gab lediglich das Vorbringen Thelens über den Vorgang gegen 11 Uhr nachts unmittelbar vor dem Beschluß der Vollversammlung über die Streikbeilegung Anlaß. Thelen wollte gehört haben, daß ich um jene Zeit gleichsam zu neuen Verhandlungen mit der Streikkommission auf Grund nochmaliger Verhandlung mit den leitenden Persönlichkeiten der Fabrik in das Streiklokal gekommen sei; ich klärte ihn nun über diesen ganzen Vorgang eingehend auf unter Darlegung des wirklichen Sachverhalts, wie ich ihn in meiner früheren Darstellung geschildert habe. Als er aus meinen bestimmten Darlegungen sich von der Richtigkeit meiner Ausführungen überzeugt haben mußte, erklärte er dann schließlich, ohne dazu genötigt oder gedrängt worden sein — spontan —, daß er nun auch die Erklärung, die in seiner Gegenwart erst festgestellt wurde, unterzeichnen werde. Wie er die Sache auffaßte, ergibt sich am besten daraus, daß er die Eingangsworte: „Ich bin keinen Moment im Zweifel darüber usw.“ von sich aus gleich bei Beginn der Verhandlungen selbst vorgeschlagen hat und sie festhielt, obgleich ich sie persönlich schon rein sprachlich nicht besonders geschmackvoll fand.“

Der andere Punkt betrifft folgendes. Der Herr Abg. Knebel hat weiter gesagt: „Sodann sprach der Herr Fabrikinspektor von Sägen, auf Grund deren der Landeskommissär verhandelt habe und die er dem Herrn Engel übergeben hätte. Hier ist es sehr wichtig, zu wissen, welche Säge das sind. Der Herr Fabrikinspektor hat nicht gesagt, ob das die Säge sind, die Herr Mürb zu Anfang der Verhandlung niedergelegt hat u. die als Grundlage galten, oder die Säge, die der Herr Landeskommissär Straub nachher als die vereinbarten Säge öffentlich bekannt gegeben hat, von denen er aber später nicht mehr behauptete, daß er sie schriftlich dem Herrn Engel übergeben habe.“ Daß der Herr Landeskommissär später nicht mehr behauptet habe, daß er die Säge schriftlich dem Herrn Engel übergeben hat, ist nicht richtig. Der Herr Landeskommissär hat am 9. Oktober 1909 auf eine Erklärung des Arbeiterssekretärs Engel im „Südinger Volksblatt“ Nr. 158 folgendes erklärt: „Die Streikkommission hat mir am Vormittag die in ihrem Namen von Herrn Rechtsanwalt Mürb niedergeschriebenen Vorschläge, die als Grundlage für die Verhandlungen mit der Fabrikleitung dienen sollten, übergeben. Herr Engel hat nun in seinem Flugblatt „Sozialdemokratische Fische in der Falle“ unrichtigerweise dieses Schriftstück mit der nachher mit der Fabrikleitung getroffenen Vereinbarung verwechselt und erklärt, ich hätte

ihm dieses Schriftstück übergeben, das Schriftstück, was die Streikkommission selber abgefaßt hat. Die Vorschläge der Streikkommission haben aber bei den Verhandlungen mit der Fabrikleitung verschiedene Änderungen erfahren, z. B. usw. Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Fabrikleitung abends 1/29 Uhr habe dann ich, wie ich schon in meiner ersten Richtigstellung dargelegt habe, Herrn Engel ein Schriftstück übergeben, in dem ich das Ergebnis der inzwischen von der Fabrikleitung gepflogenen Verhandlungen zusammengefaßt hatte und womit sich dann die Streikkommission einverstanden erklärte.“ Wenn der Herr Abgeordnete von dieser Erklärung nichts gewußt hat, so kommt das daher, daß diese Erklärung in die Broschüre nicht aufgenommen worden ist (Hört, hört! links).

Was der Herr Abgeordnete über die inneren Besserungsversuche gesagt hat, hat meine volle Sympathie. Ich meine aber, Sie könnten mit diesen inneren Besserungsversuchen beim Herrn Engel beginnen (Lebhafter Beifall und Geisterzeit links).

Abg. Dönnwald (freif.): Der Herr Kollege Pfeiffle machte gestern eine große Rundreise durch das badische Land und hat die verschiedensten Gewerbebetriebe und Fabriken einer kritischen Beobachtung unterzogen. Ja, er hat sogar in die Arbeitsräume der Büglerinnen und Wäschfrauen hineingeleuchtet, dabei aber die größte Industrie, die wir im badischen Lande haben, nämlich die Industrie in Pforzheim vollständig übersehen (Abg. Stockinger: Kommt noch!). Entweder glaubte der Herr Kollege Pfeiffle, weil wir so nahe an der württembergischen Grenze sind, wir seien schon württembergisch, oder aber er ist der Ansicht, daß die Verhältnisse, die in unserer Industrie in Pforzheim bestehen, durchaus zufriedenstellende sind. Ich glaube, daß das letztere wohl der Fall sein wird, und ich möchte das mit großer Befriedigung hier konstatieren. Im allgemeinen kann ich hervorheben, daß wir mit der Grob- und Feinindustrie auf gutem Fuße stehen. Unsere Betriebe in Pforzheim haben verschiedentlich Verbesserungen erfahren, und in mancher Beziehung können wir sagen, daß dabei auch Gutes geleistet worden ist.

Einen Wunsch habe ich bezüglich der Schmelzwerke in den kleineren Fabriken, möchte ihn aber hier nicht vorbringen und werde diesen Wunsch dem Herrn Fabrikinspektor direkt unterbreiten.

Der Herr Berichterstatter Willi führte hinsichtlich der Schiedsgerichte gestern aus, man lege manchmal zu viel Wert auf ärztliche Gutachten; die Schiedsgerichte sollten mehr dazu übergehen, nach eigenem Ermessen zu urteilen, und insbesondere sollten sie den Gutachten der Herren Ärzte nicht allzu große Bedeutung beimessen. Diesem Satze muß ich teilweise widersprechen. Das Gesetz schreibt deutlich und klar vor, daß bei Verletzungen ein Zeugnis des behandelnden Arztes und des Bezirksarztes vorzulegen ist unter Angabe der Erwerbsunfähigkeit, diese nach Prozenten ausgedrückt. Diese Gutachten bilden zusammen die Grundlage für die Zurechnung der Renten. Das, was der Herr Berichterstatter dem Schiedsgericht zuweisen will, besteht bereits seit einer langen Reihe von Jahren bei der Section unserer Berufsgenossenschaft in Pforzheim. In jeder Sitzung wird eine große Anzahl Verletzte vorgeladen und in Augenschein genommen. Danach werden dann die Renten revidiert und damit haben wir große und schöne Erfolge erreicht.

Mit dem 1. Januar d. J. ist die neue Gewerbe-nobelle in Kraft getreten. In der Hauptsache hat sie uns eine Verkürzung der Arbeitszeit für weibliche Arbeiterinnen von 10 Stunden auf 9 Stunden und



Lagen vor Sonn- und Feiertagen auf 8 Stunden gebracht. Es war bedauerlich, daß die Ausführungsbestimmungen, die, da das Gesetz bereits am 1. Januar in Kraft getreten ist, gleichzeitig hätten erlassen werden müssen, erst gegen Ende Januar erschienen sind. Zu- folgedessen mußte die Industrie mindestens vier Wochen lang niemals recht, woran sie war. Ferner muß ich bedauern, daß einzelne alte Bestimmungen wieder in die neuen Ausführungsbestimmungen aufgenommen worden sind, die nach meiner Ansicht besser weggeblieben wären. Ich will nur eine einzige Bestimmung herausgreifen, die für unsere Industrie sozusagen unhalbar ist. Es können im ganzen 40 Tage Überarbeit gewährt werden, und wenn Gesuche um Überarbeit von je zehn Tagen eingereicht werden, hat die Verwaltungsbehörde das Recht, zu prüfen, ob die Konkurrenz des betreffenden Fabrikanten ebenfalls reichlich mit Aufträgen versehen ist oder nicht; sie kann also die Bewilligung der Überarbeit davon abhängig machen, ob andere Fabrikanten der gleichen Branche ebenso zu tun haben wie der Nachsuchende. Wer die Verhältnisse in unserer Industrie kennt, wird zugeben müssen, daß das Dinge sind, die einfach undurchführbar sind. Ich möchte die Großh. Regierung ersuchen, mit der Handelskammer in Pforzheim eine nochmalige Revision dieser Bestimmungen vorzunehmen, damit etwas herauskommt, was für die Industrie und auch für die Großh. Regierung von Vorteil ist.

Abg. Kolb (Soz.): Wie außerordentlich bedenklich und faul es um die Sache bestellt ist, die heute der Herr Abg. Knebel hier verteidigt hat, um die Sache der christlichen Gewerkschaften und namentlich um die Sache des Gewerkschaftsführers Engel, das hat nicht besser bewiesen werden können als durch die Rede des Herrn Abg. Knebel selbst. Der erste Teil dieser Rede war furchtbar langweilig, ein mühseliges Suchen nach Verteidigungsgründen, sondern nach Redensarten, die das, was vorgekommen ist, entschuldigen sollten. In dem zweiten Teil ist er dann dazu übergegangen, eine blinde Skanone abzufeuern, um auf diese Weise, mit philosophischen Redensarten, das, was er nicht verteidigen konnte, einigermaßen zu verdecken. Ich werde selbstverständlich auf diese philosophischen Gemeinplätze, die er uns hier vorgetragen hat, nicht eingehen, schon deshalb nicht, weil das mit der Sache an sich gar nichts zu tun hat und weil das nur die Aufmerksamkeit ablenkt von der wichtigen Angelegenheit, die im Mittelpunkt unserer Debatte steht.

Nur zwei Bemerkungen möchte ich mir auf das, was er am Schluß ausgeführt hat, gestatten. Zunächst eine Bemerkung über den Klassenkampf, den er dargestellt hat, als ob er von Karl Marx erfunden worden sei gewissermaßen zu dem Zweck, daß die eine Hälfte der Gesellschaft gegen die andere aufgehetzt wird. Das ist nun allerdings eine ganz falsche Auffassung. Der Klassenkampf ist nicht etwas, was von Karl Marx erfunden worden ist, sondern er ist eine historische Erscheinung, herausgewachsen aus den Wirtschaftsverhältnissen; er würde bestehen, auch wenn Karl Marx nicht gelebt hätte, denn der Klassenkampf hat schon lange bestanden, ehe Karl Marx auf der Welt war, und er wird bestehen, solange durch die Wirtschaftsverhältnisse bestimmte Gegensätze erzeugt werden. Gegensätze zwischen ganzen Schichten der Bevölkerung und ganzen Klassen der Bevölkerung, die dann naturgemäß miteinander einen Kampf führen müssen, bis sie zu ihren bestimmten sozialen und sonstigen Zielen gelangen. Es ist aber eine durchaus irri- ge Auffassung, wenn der Herr Abg. Knebel gemeint hat, daß die materialistische Ge-

schichtstheorie von Karl Marx den Zweck verfolge, der Gesellschaft das Vertrauen einzulösen, daß die Entwicklung rein mechanisch vor sich gehe und daß ideologische Momente in der menschlichen Entwicklung überhaupt keine Rolle spielen. Wenn der Herr Abg. Knebel marxistische Schriften, die er offenbar nicht gelesen hat, gelesen hätte, müßte er wissen, daß Karl Marx niemals die Ideologie aus der geschichtlichen Betrachtung ausgeschlossen hat, sondern daß die materialistische Geschichtsauffassung nicht anders verstanden sein will und niemals anders verstanden worden ist, als daß die materiellen produktiven Kräfte in der Entwicklung den größten Einfluß ausüben. Daß daneben noch eine ganze Menge anderer Momente im Spiele sind, namentlich auch ideologische Momente bei der Entwicklung eine Rolle spielen, das hat Karl Marx und haben seine Anhänger niemals bestritten, das haben nur seine Gegner gesagt, um seine materialistische Geschichtsauffassung zu diskreditieren. Auch der Einwurf, daß Richard Wagner schon sehr frühzeitig zu anderen Auffassungen gekommen sei als denjenigen, die er im Verkehr mit Karl Marx bekommen hat, beweist gegen die Auffassung von Karl Marx nichts. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die größten Künstler die schlechtesten Politiker sind.

Auf die Seelenkult-Theorie meines Herrn Vorredners will ich nicht eingehen, sondern nur bemerken: Wenn die christlichen Gewerkschaften mit ihrem Seelenkult keine besseren Ergebnisse zuwegebringen als die Prachtexemplare, die hier in dieser Sache eine Rolle gespielt haben, dann können sie sich mit samt ihrer Seelenkult-Theorie begraben lassen! (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten).

Der Herr Abg. Knebel hat die Sache so darzustellen versucht, als ob die Sozialdemokraten und die sozialdemokratische Presse die ganzen Vorgänge möglichst einseitig betrachtet und im Parteinteresse auszuschlachten versucht hätte. Das ist eine durchaus irri- ge Auffassung und ich habe die Überzeugung, wenn der Herr Abg. Knebel die Artikel in der sozialdemokratischen Presse, insbesondere die, welche die Vorgänge in Rheinfelden und die Dinge behandelten, die sich mit der Person Engels beschäftigten, gelesen haben würde, hätte er ein solches Urteil nicht abgegeben. Objektiver als z. B. der „Volksfreund“ diese Dinge behandelt hat, kann man, wenn man überhaupt einen politischen Standpunkt einnimmt, sie gar nicht behandeln. Ich will Ihnen (zum Abg. Knebel) nur einen Satz vorlesen aus einem Artikel, der überschrieben ist „Christliche Gewerkschaften und der Rheinfelder Fall.“ Er knüpft an eine Bemerkung der „Waldshuter Zeitung“, die geschrieben hat, daß die freien Gewerkschaften bei dem Prozeß nicht auf ihre Rechnung gekommen seien. „Wir können versichern“, heißt es da, „daß wir auf unsere Rechnung gekommen sind. Aber nur mit sehr gemischten Gefühlen betrachten wir das Ergebnis. Denn wenn auch der Hauptstrich auf die christlichen Gewerkschaften fällt, fällt doch auch manches auf die ganze Gewerkschaft überhaupt zurück.“ Objektiver kann man die Sache nicht beurteilen, als sie hier beurteilt worden ist. Wir haben für die Interessen der Arbeiter, die im Streik waren, Stellung genommen.

Wogegen wir aber gekämpft haben, war die Art, wie Herr Engel und einige andere, die durch ihre eigene Schuld in die Sache hineingekommen sind, sich herauszulügen versucht haben. Hier darf man doch mit Zug und Recht das Wort „Lüge“ anwenden. Denn die Fülle von Beweisen, die heute der Herr Fabrikinspektor über die Unwahrhaftigkeit des einen und anderer Gewerkschaftsführer, die hier eine



Rolle gespielt haben, beigebracht hat, läßt, wenn man noch fähig ist, die Dinge objektiv zu beurteilen, gar keinen Zweifel daran zu, daß von diesen Gewerkschaftsführern nicht nur objektiv Unwahres gesagt worden ist, sondern daß sie die Tatsachen absichtlich entstellten haben. Wogegen wir uns weiter gewendet haben, war, daß hier mit den Interessen der Arbeiter in frivoler Weise gespielt worden ist. Wenn Engel auch nur einige gewerkschaftliche Erfahrung besessen hätte, so hätte er in der vorhandenen Situation nicht zum Streik raten dürfen, sondern hätte von vornherein, wenn bei den Arbeitern die Absicht zu streiken bestanden hätte — das Gegenteil davon ist aber bewiesen —, vom Streik abraten müssen, weil er sich hätte sagen müssen, daß unter solchen Verhältnissen ein Streik nicht mit Erfolg durchgeführt werden kann. Jeder, der einige Erfahrung in gewerkschaftlichen Sachen hat, weiß, daß man mit Leuten, die heute zufällig in eine Organisation eintreten, wegen Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit oder wegen sonstiger Dinge, die mit dem Arbeitsverhältnis in Verbindung stehen, nicht gleich in einen Kampf eintreten kann, weiß, daß solche Leute noch nicht soviel Verantwortlichkeitsgefühl und Disziplin haben, um einen Kampf durchzuführen zu können, der sich vielleicht monatelang hinzieht. Die Dinge liegen aber nach der Feststellung des Gerichts und aller Personen, die sich mit dieser Sache beschäftigt haben, so, daß nicht die Arbeiter von sich aus das Bedürfnis hatten, einen Streik zu inszenieren, sondern daß Herr Engel die Leute förmlich in den Streik hineingehegt hat. Und zwar hineingehegt aus einer Absicht heraus, die unbegreiflich ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich um Leute handelt, die noch nichts mit gewerkschaftlichen Verhältnissen zu tun hatten, eine Absicht, die aber jedem begreiflich ist, der schon im Lohnkampf gestanden ist, und namentlich jedem, der weiß, wie die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Mitglieder für ihre Organisation zu gewinnen suchen. Wenn es nicht anders geht, springen sie als Streikbrecher in die Arena oder zetteln einen Streik an. Da sieht man die Motive und lernt die Methode kennen, mit der diese Leute Mitglieder für ihre Gewerkschaften zu werben suchen. In Rheinfelden standen Leute in Frage, die vorher niemals einer gewerkschaftlichen Organisation angehört hatten, die also in dieser Hinsicht noch gar keine Erfahrung hatten und von denen Engel sich von vornherein sagen mußte, daß, wenn es zu einem Kampf kommt, er ihn nicht siegreich durchführen kann. Engel hat von Anfang an die denkbar größten Fehler gemacht. Er hat Versprechungen gemacht, die er nicht halten konnte. Er hat, wie in der Gerichtsverhandlung festgestellt worden ist, das Streikreglement außer Acht gelassen, hat es sogar mit Füßen getreten. Jede Gewerkschaft ist darauf bedacht, daß beim Ausbruch eines Streiks das Streikreglement eingehalten wird; denn wenn das nicht durchführbar ist, ist jeder Streik von vornherein verloren. Er hat über das Streikreglement hinaus Versprechungen gemacht, er hat den Leuten 3 M. versprochen, während die Gewerkschaft nur 2.50 M. bezahlte. Wer so operiert, der operiert gewissenlos, der kann das nicht verantworten, er operiert gewissenlos namentlich dann, wenn er es gegenüber Leuten tut, die erst für die Organisation gewonnen worden sind, die auf diesem Gebiet noch nicht die mindeste Erfahrung haben. Herr Engel hätte sich auch sagen müssen, daß die Chancen für den Streik die denkbar ungünstigsten sind. Das mußte ein Gewerkschaftsführer tun, wenn er auch nur ein wenig Verantwortlichkeitsgefühl besaß. Er hätte abwägen müssen, ob überhaupt etwas erreicht werden kann. Engel aber hat die elementarsten gewerkschaft-

lichen Grundsätze außer Acht gelassen, er hat lediglich für den Streik agitiert, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf seine Gewerkschaft zu lenken und um nachher das zu machen, was richtig auch geschehen ist, nämlich einen gar nicht vorhandenen Erfolg in die Welt hinaus zu proklamieren, um Mitglieder für die Gewerkschaft zu gewinnen. Was wir in Rheinfelden erlebt haben, ist ein Schulbeispiel für das, was wir tagtäglich im Kampfe mit den christlichen Gewerkschaften mitmachen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Solche Lügereien und Schwindereien sind da an der Tagesordnung. Sie werden sich an die Vorwürfe erinnern, die uns im letzten Landtag in der Debatte über den Terrorismus gemacht worden sind; Sie werden sich erinnern, daß wir da eine Reihe der allererschwersten Fälschungen aufgedeckt haben, mit denen die christlichen Gewerkschaften gegen andere Gewerkschaften hantieren gegangen sind.

Vom Standpunkt der Gewerkschaft, gleichgültig welcher Richtung man angehört, muß man bedauern, daß ein derartiger Kampf besteht, denn er nützt den Arbeitern nichts, sondern schadet nur. Ich habe schon wiederholt ausgeführt, wie sehr es die Sache erschwert, daß, wenn die Arbeiter wirklich einmal einen Kampf begonnen haben, sie erst wochenlang brauchen, um unter sich einig zu werden, ehe sie gegen den Arbeitgeber vorgehen können. Aber diese Zwietracht ist nicht aus der Arbeiterschaft herausgewachsen, sondern die Fackel der Zwietracht ist von nicht beteiligter Seite in die Arbeiterschaft hineingeworfen worden, und zwar war es das Zentrum, das diese Brandfackel in die Arbeiterschaft geworfen hat. (Abg. Dr. Zehnter: Man hätte eben das Feld den Sozialdemokraten allein überlassen sollen!) Warten Sie nur, ich komme gleich auf diese Dinge zu sprechen. Allerdings, Sie (zum Zentrum) sind erst in dem Augenblick auf diese Sache aufmerksam geworden, wo Sie Gefahr gewittert haben für Ihre Wählermassen, die Ihnen bis dahin blindlings nachgelaufen sind. Solange die sozialdemokratischen Gewerkschaften, wie Sie sie titulieren, keinen großen Einfluß hatten, während der 70er und der 80er Jahre, haben Sie sich absolut nicht um die gewerkschaftliche Organisation der christlichen Arbeiter bekümmert, sondern erst in dem Augenblick, wo Sie gesehen haben, daß die Arbeitermassen durch sie politisch aufgeweckt werden könnten, und als sie Ihnen massenhaft davonliefen. Der Herr Kollege Anebel hat uns heute eine ganz sonderbare Theorie über die Ursachen der Gründung der christlichen Gewerkschaften gebildet, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß sich der Herr Abg. Anebel mit diesen Dingen noch nicht so eingehend beschäftigt hat, wie er sich mit Religionsphilosophie beschäftigt, sonst hätte er wahrscheinlich diese Ausführungen nicht gemacht. Er weiß offenbar nicht, wie die christlichen Gewerkschaften entstanden sind, und es ist ihm wohl in dem Augenblick, wo er das gesagt hat, auch nicht jenes Zuluader Pastorate im Gedächtnis gewesen, auch nicht jenes Begleit Schreiben, das der Freiburger Erzbischof erlassen hat, in dem er die christlichen Gewerkschaften in Grund und Boden wettert. Es war der Freiburger Erzbischof Dr. Körber, der damals in seinem Begleit Schreiben zu dem Zuluader Pastorate die christlichen Gewerkschaften als Vorfrucht der Sozialdemokratie bezeichnet, vor ihnen gewarnt und auf den Frankfurter Kongreß abgehoben hat, auf dem sie sich als politisch neutral erklärt haben; er hat gewarnt vor einer Neutralität, die ein Schaden sei für die ganze Entwicklung der Arbeiterschaft. Erst nachher, als man gesehen hat, daß es nicht mehr anders geht, da hat man, anstatt die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen, angefangen sie zu protegieren, und heute ist es soweit, daß der Herr



Hg. Knebel es fertig bringt, eine so oberfaule Sache so zu verteidigen, wie er es heute getan hat. (Der Präsident bemerkt, man dürfe einem Kollegen nicht den Vorwurf machen, daß er eine oberfaule Sache verteidigt.) Ich bin der Meinung, daß die Sache, um die es sich handelt, sehr faul ist (Sehr richtig!). Dann darf man das doch wohl auch sagen; ich mache damit dem Herr Abg. Knebel durchaus keinen Vorwurf, der ihn persönlich irgendwie treffen könnte.

Daß Herr Engel, um den es sich ja hier handelt, in allen diesen Dingen eine sehr zweideutige Rolle gespielt hat, das kann man ja an Dutzenden von Beispielen nachweisen. Ich darf nur daran erinnern, daß er damals, als er Gelegenheit hatte, das zu beweisen, um was sich jetzt eigentlich der ganze Streit dreht, daß nämlich er die Wahrheit gesagt hat, und daß auf der anderen Seite die Unwahrheit gesagt worden ist, diese Gelegenheit verpaßt hat. Der ganze Streit dreht sich jetzt nur noch darum, ob Herr Landeskommissär Straub dem Herrn Engel an jenem fraglichen Sonntagabend die Mitteilung gemacht hat, wie sie schriftlich fixiert wurde. Engel behauptet etwas anderes als alle anderen beteiligten Faktoren, er bestreitet deren Behauptungen auf das entschiedenste. Als er vor Gericht, als er noch nicht vereidigt war, aber wußte, daß er vereidigt werde, befragt wurde, was hat er da getan? Er hat nicht die Gelegenheit benützt, um seine Behauptungen zu beweisen, nein, er hat die Aussage verweigert, er hat erklärt, er sage nichts aus über das, was an jenem Sonntagabend verhandelt worden ist (Hört! hört!). Und warum hat er das getan? Weil er gefürchtet hat, mit seinen sonstigen Äußerungen in Konflikt zu kommen! (Abg. Dr. Behnker: Er war doch gar nicht vereidigt!) Er ist nachher vereidigt worden; der Staatsanwalt beantragte, ihn nicht zu vereidigen, das Gericht hat aber beschlossen, ihn doch nachträglich zu vereidigen. Darauf hat man ihn gleich zu Anfang hingewiesen und verwahrt, daß er vorsichtig sein möge, und der Staatsanwalt hat in seinem Plaidoyer die Gelegenheit benützt, um über Engel folgendes Urteil abzugeben: „Es gab für Engel nur zwei Möglichkeiten: Entweder mußte er jetzt vor aller Öffentlichkeit sein erbärmliches Lügengewebe zerreißeln und selbst zugeben, daß er dreist wider besseres Wissen gelogen hat, oder wenn er dies nicht macht, daß ich ihn sofort wegen Meineids vom Platz weg verhaften lasse.“ (Hört, hört!) Herr Engel also hat es vorgezogen, zu erklären, daß er überhaupt nichts über diesen Punkt, der der wichtigste ist, aussage, und diese Unterredung ist es ja, um die sich die ganze Sache dreht.

Die christlichen Gewerkschaften versuchen jetzt, den Herrn Fabrikinspektor, den Herrn Landeskommissär und die übrigen übrigen Beamten, die mit der Sache zu tun hatten, insbesondere auch den Staatsanwalt zu verächtlichen, und stellen es so dar, als hätten diese Beamten heimlich schon unter der sozialdemokratischen Decke. Das ist auch ein Beispiel für die Methode, mit der von jener Seite (zum Zentrum) der Kampf geführt wird! (Sehr richtig!) Herr Engel und die ganze Klasse, die da in Frage kommt, das sind die gelehrigen Schüler jener bekannten Methode des Kampfes, die uns im politischen Leben fast tagtäglich begegnet. Das erleben wir im politischen Leben immer wieder, da darf man nur den „Badischen Beobachter“ lesen, in ihm kann man jeden Tag solche Dinge finden! (Sehr richtig!) (Sei den Sozialdemokraten). Daß nicht bloß Engel sondern auch die anderen Gewerkschaftsführer sich diese Dinge schon gut angeeignet haben, dafür bezeugt auch ein ganz klassisches Beispiel. Thelen hatte in einer Versammlung auf dem Schwarzwald, ich weiß

nicht, ob es in Hornberg oder in Triberg war, erklärt, daß auch Landeskommissäre lügen können; das war natürlich eine außerordentlich schwere Beleidigung. Er hat es dann gemacht, wie es sehr oft gemacht wird, er hat in der Zentrums-Presse ein paar Zeugen aufmarschieren lassen, die unterschriftlich erklärt haben, daß der Ausspruch gar nicht so gelaute habe. Andere haben das Gegenteil behauptet und Thelen aufgefordert, er möge sie verklagen. Auch in dem Schriftwechsel, der in dieser Broschüre abgedruckt ist, ist hiervon die Rede. In einem Schreiben des Herrn Oberregierungsrats Wittmann an Herrn Schiffer, den Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, heißt es u. a.: „Wenn es dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften darum zu tun ist, die volle Wahrheit aufzudecken, so wird er Thelen, der inzwischen seine Absicht geändert zu haben scheint, beauftragen, gegen die Verbreiter des Gerüchtes die Beleidigungsklage zu erheben.“ Aber bis zum heutigen Tage hat man die Gelegenheit verpaßt, eine Klage anzustrengen, und das ist doch wohl kein Beweis dafür, daß auf jener Seite in dieser Sache die Wahrheit zu suchen ist; das ist vielmehr ein Beweis dafür, daß sie auf der anderen Seite zu suchen ist, wo man längst darauf gewartet hat, daß eine Klage angestrengt wird. Und was steht in der Broschüre? Da heißt es z. B. in einem Brief, den Herr Schiffer an den Oberregierungsrat Wittmann als Antwort auf den eben zitierten Brief geschrieben hat: „Ob Herr Thelen gegen die Metallarbeiterzeitung oder den Verfasser der fraglichen Zuschrift, Herrn Vorhölzer, Klage erheben soll, ist u. E. nur von gewerkschaftstaktischer Bedeutung und sollte sowohl für den Herrn Landeskommissär Straub wie auch für die Groß- Badische Gewerbeinspektion ohne Belang sein.“ Also, das ist eine gewerkschaftstaktische Frage, ob hier gelogen oder die Wahrheit gesagt worden ist, das gehört wohl auch zur Seelenkultur der christlichen Gewerkschaften! (Geisterzeit).

Die Wahrheitsliebe der christlichen Gewerkschaften, soweit sie hier in Frage stehen, erhellt sich auch deutlich aus der Art und Weise, wie sie hinterher die Gerichtsverhandlungen auszuschlachten versucht haben. Der Herr Fabrikinspektor hat bereits darauf abgehoben, daß in dieser Broschüre ungefähr gerade das direkte Gegenteil von dem behauptet worden ist, was die Gerichtsverhandlung selbst ergeben hat. Ich habe die Worte, die der Herr Abg. Knebel da zur Entschuldigung gebraucht hat, nicht im Gedächtnis, ich kann auch nicht stenographieren, sonst hätte ich sie sofort fixiert, aber ich muß schon sagen, es war ein bißchen arg „mau“, was er da zur Entschuldigung vorgebracht hat, und das hat doch nur bewiesen, daß er wohl selbst die Überzeugung hat, daß es hier nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen ist. Da wird z. B. behauptet, daß in jener Versammlung am Sonntagabend, nachdem der Herr Wieber sein Referat beendet hatte, Engel die bisherigen Resultate der Verhandlungen mitgeteilt und betont habe, daß in bezug auf die Lohnfrage die Kommission verlangt habe, daß spätestens bis zum 15. September diese Angelegenheit in dem zu wählenden Arbeiterausschuß geregelt sei, der Herr Landeskommissär wolle, wie gesagt, noch einmal mit der Fabrikdirektion verhandeln. Später heißt es dann, daß sich der Landeskommissär nochmals bemüht habe, und daß man die Zusicherung gegeben habe, daß die Lohnfrage bis zum 15. September zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt sein solle. Das schreibt man in Broschüren hinein, obwohl man wissen muß, daß es nicht wahr ist. Ich meine, das, was heute der Herr Fabrikinspektor vortragen hat, beweist ganz klipp und klar, daß das nicht gesagt worden ist, und die ganze Art, wie Herr Engel diesen Abend sich aufgespielt hat, die



fortwährende Versicherung seines Ehrenwortes, das er da gegeben hat, die Art und Weise, wie er die Arbeiter zu beruhigen versucht hat, zeigt uns doch ganz deutlich, daß er ein außerordentlich schlechtes Gewissen hat und daß er alle diese Dinge wider besseres Wissen behauptet, um seine Haltung zu rechtfertigen. Ich kann nur auf das lebhafteste bedauern, daß die christlichen Gewerkschaften diesen Mann gedeckt haben.

Es wird jetzt viel Klage darüber geführt, daß der Herr Fabrikinspektor die Konsequenz gezogen hat, wegen deren er sich heute rechtfertigte. Ich glaube, der Herr Fabrikinspektor hat nach den Vorgängen, wie er sie geschildert hat, ein andere Konsequenz nicht ziehen können (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Was der Herr Fabrikinspektor hier als Beamter getan hat, tut jeder einzelne Mensch von Charakter im Privatleben auch (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn mich einer anlügt, dann ist damit für mich — und für jeden anständigen Menschen — der gesellschaftliche Verkehr und auch der sonstige Verkehr unterbrochen. Man kann also dem Herrn Fabrikinspektor in dieser Beziehung nicht den geringsten Vorwurf machen. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man ihm Vorwürfe machen kann. Aus alledem, was er hier vorgetragen hat, geht nur das eine Klipp und klar hervor, daß er sich die denkbar größte Mühe gegeben hat, den christlichen Gewerkschaften aus der Patzche zu helfen, und daß diese törichterweise jede Gelegenheit dazu einfach abge schlagen haben und eigen sinnig darauf beharrt sind, eine Ehrenrettung dieses Agitators vorzunehmen, der diese Ehrenrettung wahrhaftig nicht verdient. Am allerwenigsten aber hätten die christlichen Gewerkschaften Ursache gehabt, in der Weise vorzugehen, wie sie es dem Herrn Fabrikinspektor gegenüber tatsächlich getan haben. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die Fabrikinspektion hier durchaus korrekt gehandelt hat; wir anerkennen den Standpunkt, den sie eingenommen hat, und haben dafür nur Hochachtung und Dank. Wir hätten es nicht verstanden, wenn die Fabrikinspektion irgend eine andere Stellung eingenommen hätte, namentlich wenn sie sich dazu verstanden hätte, dem Herrn Engel und seinen Gesinnungsgenossen aus der Patzche zu helfen, in die sie sich selbst hineingeritten haben. Es wurde den Herren wiederholt Gelegenheit gegeben, das zu tun, was ein anständiger Mensch in solchen Fällen tut. Sie haben die Gelegenheit verpaßt, und Sie haben deshalb heute gar keine Ursache, darüber nun ein Lamento anzustimmen.

Auffällig und auch bezeichnend für die „Seelenkultur“ der christlichen Gewerkschaften ist die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaftsführer einer um den anderen dem Herrn Fabrikinspektor gegenüber das denkbar ungünstigste Urteil über diesen Herrn Engel abgegeben haben, daß sie sich aber später, als der Gesamtverband sich um die Sache angenommen und auch verhandelt hatte, nun auf einmal wie ein Mann auf dem Boden der Unwahrheit zusammengefunden haben. Kammerer hat eine Erklärung zu Protokoll gegeben, wonach er an jenem Sonntagabend absolut nichts davon gehört habe, daß eine 15- oder 10-prozentige Lohnerhöhung bewilligt werden solle, sondern er hat in dieser protokolllarischen Erklärung aufs bestimmteste bestätigt, daß nur das gesagt worden ist, was in der schriftlichen Erklärung des Herrn Landeskommissärs niedergelegt ist. Derselbe Herr aber bringt es später fertig, in Gemeinschaft mit Engel und mit der ganzen anderen Clique gegen den Herrn Fabrikinspektor und gegen den Herrn Landeskommissär ins Feld zu ziehen und die Dinge so darzustellen, als habe der Herr Fabrikinspektor und der Herr Landeskommissär die Un-

wahrheit gesagt und nicht sie selber. Genau so liegen die Dinge bei Herrn Thelen. Auch Herr Thelen hat ja, wie wir heute wiederholt versichert bekommen haben, die Erklärung, in der er sein Bedauern über die Unwahrheit und Beleidigung, die er gegen den Herrn Landeskommissär ausgesprochen hatte, ausgedrückt, unterschrieben. In der Broschüre wird aber die Sache so dargestellt, als habe der Mann die Erklärung nicht freiwillig unterschrieben, sondern als liege hier gewissermaßen Nötigung vor. Wenn man nachträglich kommt und die Dinge so darzustellen versucht, als seien alle die Aussagen, die von den Herren Gewerkschaftsführern gegenüber dem Herrn Fabrikinspektor gemacht worden sind, von ihnen sozusagen abgelistet worden, so beweisen die Herren damit nur zweierlei: Entweder, daß sie so dumm sind, sich etwas derartiges ablistet zu lassen — dann taugen sie nicht als Gewerkschaftsführer —, oder aber, daß sie gewissenlos genug sind, derartige Behauptungen aufzustellen, obwohl sie vorher mit gutem Gewissen dem Herrn Fabrikinspektor gegenüber die Wahrheit gesagt haben. Wenn ich heute über jemand ein Urteil abgebe und sage, der Mann ist entweder gewissenlos oder er ist ein Phantast, so weiß ich doch, was ich sage und damit meine; dann kann ich nicht hinterher wieder kommen und sagen, das hat mir der Fabrikinspektor sozusagen langsam aus der Nase herausgezogen (Heiterkeit). Diese Leute haben Engel ganz genau gefannt, und es gehört gar keine große Schwierigkeit dazu, solche Persönlichkeiten kennen zu lernen. Sie haben nur hinterher versucht, nachdem die christlichen Gewerkschaften hereingefallen sind, aus der Sache zu retten, was noch zu retten ist. Sie haben dabei allerdings falsche Mittel in Anwendung gebracht.

Wir sagen das nicht, um den christlichen Gewerkschaften zu schaden. Unseretwegen können die christlichen Gewerkschaften bestehen. Ja, es wäre geradezu töricht, wenn man jetzt, nachdem sie bestehen, nur deshalb, weil sie bestehen, einen Kampf gegen sie führen wollte. Denn dort, wo es sich wirklich um einen Kampf gegen Arbeiter handelt, müssen die Richtungen, so verschiedenartig sie sich auch sonst stellen, zusammenzuarbeiten versuchen, um für die Arbeiter gemeinsam etwas zu erreichen. Es wäre nicht nur töricht, sondern auch nicht zu verantworten, wenn die Arbeiterführer nicht alles mögliche versuchen würden, den Boden der Verständigung von vornherein herbeizuführen, um dafür zu sorgen, daß, wenn der Kampf einmal losgeht, man nicht lange zu tun hat, um sich selber erst gegenseitig verstehen zu lernen. Ich habe die feste Überzeugung: In dem Augenblick, wo die christlichen Gewerkschaften davon abgehen, mit solchen verworrenen Mitteln zu kämpfen, wie sie hier in Rhein- seldem in Anwendung gekommen sind, in dem Augenblick wird es auch möglich sein, daß die christlichen und die freien Gewerkschaftsführer einander persönlich und sonst näher treten und über manche Frage leicht eine Verständigung herbeiführen können, wo es heute außerordentlich schwer ist. Wir haben das schon mehr als einmal erlebt. Ich erinnere nur an die Vorgänge bei der letzten großen Bergarbeiterbewegung, wo die beiden Verbände die Aktionen gemeinsam gemacht haben. Wir werden das bei jeder größeren Lohnbewegung in der Zukunft erleben müssen, wenn für die Arbeiter überhaupt etwas herauskommen soll. Der Fehler wird eben nur dadurch gemacht, daß immer von außen herein der Zündstoff gelegt wird, daß die christlichen Gewerkschaften gleichzeitig auch Filialen politischer Strömungen sind, vor allem der Zentrumsparthei. Wenn sie das auch leugnet, es ist doch so, es ist genau so wie bei uns auch, es besteht ein mehr oder weniger inniger Zusammenhang. Das ist auch ganz leicht erklärlich und gar nicht zu verwirren, wenn man



die ganze historische Entwicklung dieser Dinge kennt, wie sie sich in Deutschland abgespielt hat. Es war das wesentlich anders als in England und in anderen Staaten. In Deutschland waren die Gewerkschaften von vornherein mit politischen Parteien aufs engste liiert. Ich mache daraus gar keinen Vorwurf, daß das so ist. Aber Sie (zum Zentrum) sollten davon abkommen, die Gewerkschaften gegen uns immer wieder auszuspielen, namentlich auf dem Gebiete, das heute wieder der Herr Kollege Knebel betreten hat. Die Gewerkschaften, auch die christlichen, haben mit diesen religiös-philosophischen Dingen absolut nichts zu tun, sie haben nur eine Aufgabe wie alle anderen Gewerkschaften auch, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter zu verbessern, und wenn man da im Kampf mit den Unternehmern steht, kann man nicht mit Seelenkultur und Religionsphilosophie kommen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), da muß nicht bloß der Mund geipst werden, sondern es muß auch gepiffen werden, wenn etwas dabei herauskommen soll (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Und das machen die christlichen Gewerkschaften ganz genau so wie die anderen, sie müssen einfach den Kampf führen, unter Umständen ganz entschieden und scharf vorgehen, und auch nicht bloß mit Worten, sondern auch unter Umständen mit der Tat, wenn sie etwas erreichen wollen. Daß die christlichen Gewerkschaften heute noch nicht die Theorie des Klassenkampfes akzeptiert haben, darauf kommt es gar nicht an. Es ist uns auch vollständig gleichgültig, ob sie diese Theorie akzeptieren oder nicht, das spielt keine Rolle. Die Hauptsache ist, daß sie den Klassenkampf führen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), darauf kommt es an, und sie führen ihn genau so wie die freien Gewerkschaften. Sie können in der christlichen Gewerkschafts-presse alle paar Wochen das Klagegedicht anstimmen hören: Unsere Arbeiter haben viel zu wenig Klassenbewußtsein. Warum haben die christlichen Arbeiter kein Klassenbewußtsein? Aus dem einfachen Grund, weil man ihnen immer das Gegenteil vorredet, weil man ihnen immer sagt, es gibt keine Klassengegensätze und infolgedessen auch keinen Klassenkampf. Wenn man leugnet, daß es Klassengegensätze gibt, und den Klassenkampf prinzipiell verwirft, dann allerdings kann auch niemand Klassenbewußtsein haben, dann kann er höchstens Standesdiösel oder sonst irgend etwas haben.

Ich komme nun zum Schluß — ich will Sie nicht so lange aufhalten wie der Herr Vorredner, ich habe auch keine Ursache, eine Rückzugsfanfare anzufangen und solche Reden über Religionsphilosophie zu halten, damit vergessen wird, was ich vorher gesagt habe — und sage: Ich bedauere die Vorgänge, die sich in Rheinfelden abge- spielt haben, ich bedauere vor allen Dingen, daß sie so traurige Folgen gehabt haben, daß eine ganze Reihe von Arbeitern dabei ins Unglück gekommen ist. Ich bedauere aber noch viel mehr, daß eine ganze Reihe von Personen, die sich als Führer der Arbeiterbewegung ausgaben, in diesen Dingen eine so traurige Rolle gespielt haben, und am allermeisten bedauere ich, daß der Herr Abg. Knebel nicht den Mut gefunden hat, das entschieden zu verurteilen, was vorgekommen ist, sondern daß er versucht hat, sogar noch einen „Engel“ zu retten! (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Göhring (natl.): Die Stunde ist schon so weit vorgerückt, daß ich mich etwas kürzer fassen muß, als ich zuerst beabsichtigt habe.

Ich darf für mich das Recht wohl in Anspruch nehmen, daß ich zu den Kreisen der Industrie, namentlich der größeren Industrie, die mit größeren maschinellen Kräften arbeitet, in naher Beziehung stehe, und es sind mir auch von diesen Seiten wohl manche, ich kann ja wohl

sagen, kleinere Beschwerden zugekommen. Ich stehe heute in absolutem Gegensatz zum Herrn Kollegen Reinhardt, der gesagt hat, daß der frühere Zustand unter dem Herrn Oberregierungsrat Wörishoffer ein besserer gewesen sei, als er heute ist. Im Gegenteil, ich kann sagen, daß die früher bestehenden Differenzen unbedingt zurückgegangen sind. Das ist nicht allein der Tätigkeit des jetzigen Herrn Vorstandes der Fabrikinspektion zu verdanken, sondern es wird wohl auch in der Entwicklung der Dinge liegen, daß man von allen Seiten mit etwas mehr Einsicht an die Erledigung der einschlägigen Fragen herantritt.

Ich will nun mit den mir zugekommenen kleinen Klagen in dieser, ich möchte beinahe sagen ernststen Stunde nicht vor das Hohe Haus treten, und ich schweige hier im Plenum darüber. Nur etwas will ich noch erwähnen. Gestern wurde behauptet, daß man dem Arbeitgeber sehr leicht Egoismus und Gewinnsucht zuschieben dürfe. Da glaube ich doch sagen zu dürfen müssen, daß, so wenig die Kinder die Maßnahme des Vaters begreifen, auch sehr oft die Arbeiter nicht die Maßnahmen des Fabrikherrn begreifen, und daß sie da, wo sie Egoismus und Gewinnsucht voraussetzen, wahrscheinlich weise Zurückhaltung zu erblicken haben, damit die Existenz des Geschäftes nicht gefährdet wird. Die Weiterexistenz des Geschäftes liegt aber im größten Interesse gerade der Arbeiterschaft, und daher dürfte diese Zurückhaltung für die Arbeiterschaft von allergrößtem Nutzen für deren eigenes Fortkommen sein.

Ich möchte kurz auf den Fall in Rheinfelden zurückkommen. Vor allen Dingen darf ich sagen, da mir die Verhältnisse selbst persönlich bekannt sind, daß die Arbeitsbedingungen in den Aluminiumwerken ganz sicher nicht so schlecht gewesen sind, um einen derartigen Streik mit allen seinen Folgen heraufzubeschwören. Wenn auch nebenan eine Fabrik liegt, die Natriumfabrik, deren Arbeiter bessere Lohnbedingungen haben, so ist das Mehr hier reichlich ausgeglichen dadurch, daß die gesundheitlichen Zustände in dem Betriebe der Natriumfabrik bedeutend schlechter sind als in den Aluminiumwerken. Ich will darauf abheben, daß die Fabrikinspektion nach langen Verhandlungen, trotzdem die Fabrik damals mit Verlust arbeitete, es fertig gebracht hat, die Fabrikleitung zu bewegen, einmal die Streikenden nicht zu mahregeln und außerdem eine Lohn-erhöhung eintreten zu lassen, sobald die geschäftliche Konjunktur eine bessere würde. Für die damaligen geschäftlichen Zustände war das gewiß alles, was die Fabrikinspektion von der Fabrikleitung erreichen konnte. Ich kenne auch ganz genau die näheren Umstände, weil ich selbst mit einzelnen der mitwirkenden Herren bekannt bin, und weiß daher, daß diese Vorschläge der Fabrikleitung infolge der vorzüglichen und eindringlichen Vorstellung des Herrn Landeskommissärs dazumal an den Herrn Engel gegangen sind. Meine Freunde und ich stehen auf dem Standpunkte, daß wir gar nicht nötig haben, die einzelnen Positionen heute und jetzt noch einmal auseinanderzusetzen, sondern wir stehen unbedingt unter dem Eindrucke, daß die Ausführungen des Herrn Vorstandes der Fabrikinspektion voll und ganz Glauben verdienen. Sie sind logisch aufgebaut und decken sich ganz genau mit dem, was von den Rächstbeteiligten und den in Rheinfelden Wohnenden in der Tat während des Streiks und nach dem Streik angegeben wurde.

In die Differenzen der christlichen und freien Gewerkschaften mische ich mich nicht ein und betone nur: Es ist vielleicht nicht so schwer, die Massen aufzurütteln und aufzuwiegeln, aber die Autorität über sie zu bewahren und die Bewegung in den richtigen Schranken zu halten, das ist wohl das Aller schwierigste, und ich glaube, daß die



Herrn diesmal Fiasco gemacht haben, denn sie haben die Bewegung nicht mehr richtig leiten u. zurückhalten können. Ich will daran erinnern, daß andere Menschen in Gefahr waren; die Streikenden da oben haben die Arbeiterhäuser gestürmt, haben die Arbeitswilligen in ihren Wohnungen bedroht, sie haben einen beinahe militärisch organisierten Angriff auf die Fabrik selbst, auf die Direktionwohnung und auf die Portierwohnung gemacht. Ich kenne verschiedene Beamte von dort oben, die mit Frau und Kindern in Gefahr waren, und — wir wollen uns dem nicht verschließen — sie haben grauenhafte Stunden und grauenhafte Nächte mitgemacht, wenn sie da draußen den Feind stehen sahen, der mit Steinen die Fenster einwarf, wo jeden Augenblick das größte Unglück passieren konnte. Man konnte die Frauen und Kinder nicht mehr anders retten, als daß man sie in den Kassenräumen unterbrachte, die eiserne Verschlüsse und eiserne Läden hatten. Gerade jene schweren Nächte und gerade die letzte Nacht, die für die Familien so außerordentlich lebhaft heute noch in der Erinnerung ist, war das Schwerste für die Leute. Erst als dann am anderen Morgen das Militär von Konstanz ankam, konnten diese armen Herzen endlich aufatmen. Ich weiß dem Herrn Landeskommissär Straub wirklich Dank, daß er als erfahrener Mann in der Tat bis auf die letzte Minute mit dem letzten Mittel gewartet hat, bis er es überhaupt angewendet hat. Nur seiner Erfahrung war es aber zu verdanken, daß diese militärische Hilfe nicht zu spät kam. Ich kann wirklich sagen: Gott sei Dank, daß sie rechtzeitig gekommen ist! Wer weiß, was noch passiert wäre, zumal bei all den Elementen, die dabei waren. Ich will nicht sagen, daß das den christlichen Gewerkschaften in die Schuhe geschoben werden soll. Aber Tatsache ist es, daß Leute aus der Schweiz herüberkamen, Feiglinge, die sich sagten, wenn die Sache schief geht, gehen wir einfach wieder über die Brücke hinüber. Als endlich das Militär am anderen Tage gekommen war, mußten sie dann drüben bleiben, nachdem die Maschinengewehre aufgeföhren waren und die Offiziere ihre Posten ausgestellt hatten.

Ein sehr wichtiger Tag war der berühmte Sonntag, nachdem das Militär gekommen war; dieser Umstand ist meiner Ansicht nach noch nicht genug gewürdigt worden. Dem Grohh. Landeskommissär ist es an diesem Sonntag gelungen, durch seinen kolossalen Einfluß, durch die ganze Art seiner Verehrtheit den Streik zu Ende zu führen, und es war der allerletzte Augenblick, wo das sein mußte, denn an dem darauffolgenden Montag war die Frist abgelaufen, in der die gekündigten Arbeiter ihre Wohnungen verlassen sollten. Auch das überlasse ich alles Ihrem Urteil, was dann daraus entstanden wäre, wenn die vielen Arbeiter aus den Häusern hätten herausgehen müssen und die Leute obdachlos auf den Straßen herumgewandert wären. Wir wollten gesehen haben, was dann noch hinzugekommen wäre. Daher nochmals Dank dem Herrn Landeskommissär, daß er es verstanden hat, in jener letzten Stunde den Streik zu Ende zu führen.

Der Herr Abg. Knebel hat die Sache so hingestellt, als ob die ganze Geschichte ein Sieg und keine Niederlage gewesen wäre. Ich muß offen gestehen, diese außerordentlich optimistische Anschauung teile ich nicht. Mit Rücksicht auf das Blut, das da oben geflossen ist, und auf alle die Umstände, die drum und dran hängen, kann man nicht wohl von Sieg sprechen. Das war kein Sieg, das war eine Niederlage; und es ist auch nur unter dem Druck der allgemeinen Zustände, unter dem Eindruck des vergossenen Bluts und unter all den Vorhal-

tungen seitens der Behörden geschehen, daß sich (aber auch nur allein dadurch) die Fabrikleitung schließlich dazu verstanden hat, Zugeständnisse zu machen, wozu sie eigentlich in Anbetracht ihrer damaligen geschäftlichen Lage gar nicht berechtigt war.

Des weiteren möchte ich noch hervorheben, daß der Herr Kollege Knebel besonders immer den Inhalt der Broschüre verteidigt hat. Nun glaube ich, daß wir hier eigentlich nicht dazu zusammengekommen sind, um Broschüren und deren Inhalt zu verteidigen, sondern wir wollen uns rein an den Fall halten, wie er uns hier vorgelegt ist. M. E. gibt es da nichts zu verteidigen.

Wir haben als Abgeordnete wohl zu jeder Zeit das Recht der Kritik, und ich für meine Person werde mit dieses Recht der Kritik nicht nehmen lassen; ich werde es mir weder nehmen lassen gegenüber einer Partei noch gegenüber der Regierung, noch, wenn ich es für nötig finden würde, gegenüber einem meiner Freunde. Aber in demselben Augenblick übernehmen wir auch eine Pflicht; und wenn wir sagen können: Die Fabrikinspektion, der Landeskommissär, alle miteinander haben ihre volle Pflicht getan, dann wollen wir auch unsere Pflicht erfüllen, und ich sage deshalb: Dank diesen Behörden! Sie haben voll und ganz ihre Pflicht erfüllt.

Man glaubt natürlich sagen zu dürfen — ich habe es wenigstens aus den Ausführungen einzelner Herren entnommen —, es habe augenscheinlich eine gewisse Parteilichkeit bei der Tätigkeit dieser Beamten mitgespielt. Nun, wir, die wir von unseren Wählern draußen hierhergeschickt worden sind, können es ja auch nicht allen recht machen. Genau so wird es gewöhnlich der Fabrikinspektion gehen; und ich glaube, gerade der Umstand, daß auch die Fabrikinspektion es nicht allen recht machen konnte, beweist, daß sie unparteiisch gehandelt hat. (M. E. d.: Sehr richtig!)

Wenn wir nun alles zusammennehmen und nochmals die Vergangenheit an uns vorüber gehen lassen, möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß der Fall Rhein- feldern doch wenigstens soviel gezeitigt hat, daß bei allen unter Umständen wieder vorkommenden ähnlichen Bewegungen mit der größten Mäßigung und mit der größten Vernunft vorgegangen wird. Ich freue mich hier aussprechen zu dürfen, daß der Herr Minister gestern in der taktvollsten und in der energischsten Weise seine Behörden in Schutz genommen hat. Ich freue mich darüber; es ist uns ein Beweis dafür, daß unsere Regierung versteht, stark zu sein — und das wünschen wir. Ich möchte zum Schluß nochmals aussprechen, daß wir dankbar dafür sind, daß alle in Betracht kommenden Behörden bei dem energischen Vorgehen vollständig sachlich und unparteiisch gehandelt haben (Beifall der Nationalliberalen).

Hierauf wird abgebrochen.

Es werden noch folgende Eingänge angezeigt:

1. Petition des Vorstands der Vereinigung technischer Vereine Karlsruhe, den Gesetzentwurf über die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung betreffend.

Dieselbe wird der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen.

2. Antrag der Abgg. Summel, Nebmann u. Gen. „Die Grohh. Regierung wird ersucht, im Bundesrat dahin zu wirken, daß dem Reichstag unverzüglich ein Gesetzentwurf über die Schaffung einer Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatbeamten vorgelegt wird.“

Schluß der Sitzung nach 3/8 Uhr.